



ÖPNV im Umbruch

Geänderte Rahmenbedingungen und die wachsende Regulierung stellen die bayerischen Kommunen vor neue Herausforderungen. **S. 13**



Eingliederungshilfe

Die Integration Behinderter stand im Mittelpunkt des Hauptausschusses des Verbandes der Bayerischen Bezirke in Deggen-dorf. **S. 4**



Spitzenwerte

Einen herausragenden Beitrag zur klimafreundlichen Stromversorgung Bayerns leistet das Kernkraftwerk Gundremmingen. **S. 5**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalwahl 2008:

CSU bleibt dominierende Kraft

Wahlbeteiligung auf historischem Tief – zahlreiche Stichwahlen

Mit weitem Abstand bleibt die CSU stärkste kommunalpolitische Kraft in Bayern. Dies hat die Kommunalwahl 2008 einmal mehr deutlich gezeigt. Zugewinne bei Oberbürgermeistern und Landräten stehen allerdings zum Teil erhebliche Verluste in den Kommunalparlamenten gegenüber. Eine niedrige Wahlbeteiligung von lediglich 59,5 Prozent - ein historisches Tief - hatte den Effekt, dass auf Kosten der Christlich-Sozialen Union die kleineren Parteien und Gruppierungen besser abschnitten.

Gleichwohl wertete CSU-Vorsitzender Erwin Huber das Ergebnis als „klare Bestätigung für die Politik meiner Partei“. Sie habe den Stimmungstest nach dem Führungswechsel bestanden. Mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst habe die CSU nunmehr „allen Grund zu Zufriedenheit, Optimismus und Zuversicht“. Von „teilweise bitteren Resultaten“ sprach dagegen Ministerpräsident Günther Beckstein: Die CSU habe in einigen Großstädten Federn gelassen und müsse gegensteuern: „Wir haben unsere Leute nicht so zur Wahl gebracht, wie wir uns das gewünscht haben.“

Vorläufiges Endergebnis

Laut vorläufigem Endergebnis entfielen 40,0 Prozent der Stimmen auf die CSU, die damit um 5,5 Prozentpunkte unter ihrem Er-

gebnis der letzten Kommunalwahlen blieb. Dabei schnitt die Partei in den Landkreisen mit 42,1 Prozent (-4,7 Prozentpunkte) deutlich besser ab als in den kreisfreien Städten, wo sie lediglich auf einen Anteil von 33,2 Prozent (-7,9 Prozentpunkte) kam.

Einbußen bei den Großen

Auch die SPD musste bei einem Stimmenanteil von 22,6 Prozent gegenüber 2002 Einbußen hinnehmen (-2,5 Prozentpunkte), wobei sie in den Landkreisen 19,2 Prozent (-2,9 Prozentpunkte) und in den kreisfreien Städten 33,7 Prozent (-1,5 Prozentpunkte) erreichte. hinzugewinnen konnten dagegen die Grünen (+2,5 Prozentpunkte), die einen Anteil von 8,2 Prozent erzielten, wie auch die FDP, die ihr Ergebnis aus 2002 um 1,8 Prozentpunkte steigern

konnte und 3,8 Prozent der Stimmen errang. Die verschiedenen Wählergruppen vereinigten insgesamt 19,0 Prozent der Stimmen auf sich, was im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen einem Zuwachs um 3,4 Prozentpunkte entspricht.

Fehlende Mehrheiten

Wegen fehlender Mehrheiten wird es am 16. März eine Rekordzahl von Stichwahlen geben – unter anderem um sieben Oberbürgermeisterämter und 15 (Fortsetzung auf Seite 4)

Integrationsforum der CDU/CSU-Fraktion in Berlin:

Zentrale Rolle der Kommunen

Stärkere Vernetzung unerlässlich - Vorbild Bayreuth

Der Handlungs- und Steuerungsbedarf ist offensichtlich: Integration ist eine nationale Querschnittsaufgabe, die letztlich nur vor Ort bewältigt werden kann. Über Notwendigkeiten und Perspektiven diskutierten in einem Expertengespräch in der Bundeshauptstadt CDU-MdB Hartmut Koschyk und der Vorsitzende der KPV der CDU, MdB Peter Götz, u. a. mit Dr. Michael Hohl, Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Kölns OB Fritz Schramma sowie der Staatsministerin beim Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer.

Viele Städte und Gemeinden bemühen sich seit langem und mit großem Aufwand um den Abbau von kultureller Distanz und die Überwindung sozialer Benachteiligung. Der alltägliche Aktionsradius reicht von Kindergärten und Schulen über Jugend- und Freizeiteinrichtungen bis hin zu gezielter Stadtteilarbeit. Die Stadt Bayreuth beispielsweise organisiert in regelmäßigen Abständen Kultur- und Begegnungstage zusammen mit anderen Institutionen für Neubürger und Einheimische in der Stadthalle und speziell für Senioren im Evangelischen Gemeindehaus, wie OB Dr. Michael Hohl



Energieverlusten auf der Spur

Mit Energiespar-Aktionen unterstützen verschiedene Energieversorger die Hauseigentümer dabei, heimliche Energieverschwender zu entlarven. Der kombinierte Thermografie- und Heizungscheck hilft Energiekosten zu reduzieren. Rote Stellen im Thermografiebild bedeuten: An dieser Stelle ist das Haus ungenügend gedämmt und es geht zu viel Wärme verloren. Blaue Bereiche: Hier ist alles in Ordnung mit der Dämmung an Wänden, Dach oder Fenstern. Den Kommunen kommt eine Vorbildfunktion zu und auch sie sind zur Sparsamkeit aufgerufen. Diese Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung befasst sich mit kommunalen Energiethemen. Thermofoto: Erdgas Südbayern

nach dem Muster des Internationalen Gartens in Göttingen konzipiert wurde. Die Stadt Bayreuth hat zu einem günstigen Pachtzins ein 2.500 qm großes Grundstück für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Die Gärten stellen einen Treffpunkt von Menschen aller Altersstufen, aus allen sozialen Schichten und mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund dar.

Muslimischer Elternverein

Vor kurzem gründete sich darüber hinaus ein muslimischer Elternverein, womit die ersten entscheidenden Weichen für islamischen Religionsunterricht an Bayreuther Schulen gestellt wurden. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, so der Bayreuther Oberbürgermeister, sei ein entscheidender Beitrag zur besseren Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher. „Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen und für friedliches Miteinander eintreten“, so Oberbürgermeister Hohl, der im Rathaus auch ein neues Amt für Integration geschaffen hat.

Auch für den Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma findet Integration stets vor Ort statt. (Fortsetzung auf Seite 4)

Garten der Begegnung

Seit September 2006 gibt es in der oberfränkischen Bezirkshauptstadt zudem den sog. Garten der Begegnung. Es ist der 1. internationale Garten Oberfrankens, der eine neue Form interkulturellen Lernens darstellt und

Tag der Archive:

„Heimat und Fremde“

Als Publikumserfolg entpuppte sich der vierte Tag der Archive, zu dem der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) unter dem Motto „Heimat und Fremde“ aufgerufen hatte. Bundesweit wurden Dokumente zum spannenden und spannungsreichen Erleben von Identität und Fremdheit präsentiert. Zugleich wurde sichtbar, dass aktuell die Sicherung von Unterlagen wichtiger Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft anzugehen ist.

Der VdA und die Archive zeigten angesichts der Kontroverse um „Heimat“, „Migranten“ und „Fremdheit“ anhand von historischen Dokumenten, dass diese Erscheinungen keineswegs neu sind: Glaubensflüchtlinge wie die Hugenotten wurden im 17. Jahrhundert in Deutschland angesiedelt, Deutsche emigrierten im 19. Jahrhundert aus wirtschaftlicher Not nach Amerika und nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Gastarbeiter für das deutsche Wirtschaftswunder gerufen. Am Tag der Archive beteiligten sich zahlreiche Sparten wie u. a. das Bundesarchiv, Staatsarchive der Bundesländer, Kommunalarchive, Kirchen-, Medien- und Wirtschaftsarchive. **DK**

Neues von Sabrina



„Tiefer hängen. Alles wird sich einspielen, wenn man jetzt nicht hektisch zwischen Aktion und Reaktion hin und herwankt“, meint der Chef unserer Vorzimmerperle gemeinsam mit dem Alten Fritz. Dabei geht es um die Kommunalwahlen ebenso wie um die Diskussion um den Nichtraucherschutz. **Seite 3**

Energie-Profis für Kommunal-Profis:

Energie für Bayerns Kommunen!

Mehr Wissen setzt Energie frei. Die Bayerische Gemeindezeitung bietet in Kooperation mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag beim Info-Tag für Kommunen am 19. Juni 2008 im Garching Bürgerhaus umfassende Know-how. Weitere Informationen in den nächsten Wochen unter: www.gemeindezeitung.de.

Vormerken!
19. Juni
2008

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Gemeinsame Integrationsbestrebungen: Dr. Michael Hohl, Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Peter Götz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vincente Riesgo, Bund der spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Staatsministerin beim Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Ayten Kiliçarslan, Stellv. Generalsekretärin des DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Hartmut Koschyk MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Leiter der Fraktions-Arbeitsgruppe „Integration“, Ali Ertan Toprak, Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V., Fritz Schramma, Oberbürgermeister der Stadt Köln (v. l.).

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtagsparteien diskutieren „Baustellen“	Seite 2
Energie aus nachwachsenden Rohstoffen kann Klimaschutzprobleme nicht lösen	2
Bürgermeister genießen hohes Ansehen	3
Verkehrsprojekte im Freistaat	3
Hauptausschuss des Verbandes der Bayerischen Bezirke	4
GZ-Fachthemen:	
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5 - 10
Kommunalfahrzeuge · Grünflächenbewirtschaftung	11 - 13
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Nach der Kommunalwahl:

Landtagsparteien diskutieren „Baustellen“

CSU will das strikte Rauchverbot formell erhalten - Korrekturen beim G 8

Im Landtag haben die Fraktionen mit der Aufarbeitung der Kommunalwahl begonnen. Die starken Verluste von CSU und SPD und die Stimmenzuwächse bei den kleineren Parteien und Wählergruppen bei geringerer Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2002 werden demnach die Politik bis zur Landtagswahl Ende September bestimmen.

Während die Opposition sich in Fragen wie Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik weitgehend bestätigt sieht, gibt es in der CSU Überlegungen zu Kurskorrekturen, wobei insbesondere das erst im Dezember letzten Jahres beschlossene Gesundheitsschutzgesetz eine Rolle spielt. Es geht um das strikte Rauchverbot in Gaststätten.

In Kabinett und CSU-Fraktion gab es Auseinandersetzungen, wie Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Fraktionschef

Georg Schmid, der das strenge Rauchverbot gegen mildere Formulierungen im Regierungsentwurf durchgesetzt hatte, bestätigten. Beide versicherten jedoch, es gebe keine grundlegenden Unterschiede über das Rauchverbot, auch nicht mit dem CSU-Vorsitzenden und Finanzminister Erwin Huber. Man werde aber die Durchsetzung des strikten Rauchverbots u.a. in Bierzelten durch eine Gesetzesergänzung lockern. Von den Kommunen hatte es Bedenken gegeben, das ab-

solute Rauchverbot mit Bußgeld bei Verletzung durch Kreisverwaltung und staatliche Polizei vollziehen zu können.

Grundlegende Umbauten auf der Wiesn erforderlich

Innenminister Joachim Herrmann erklärte, ohne grundlegende Umbauten zum Beispiel der Festzelte auf dem Münchner Oktoberfest (das heuer eine Woche vor dem Landtagswahltag beginnt) sei das Rauchverbot nicht durchzusetzen. Der Minister hatte u. a. mit den Münchner Festwirten und Oberbürgermeister Christian Ude gesprochen. In den vorab veröffentlichten Eckpunkten der Staatsregierung für eine Gesetzesergänzung heißt es, das Rauchverbot gelte in Bier-, Wein- und Festzelten bzw. entsprechenden Festhallen erst, wenn die technischen Voraussetzungen für die Durchsetzung des Nichtraucherschutzes geschaffen seien. Bis dahin sollen die Wirte auf einen wirksamen Nichtraucher-schutz hinwirken.

Gesellschaftlicher Konsens

Beckstein erklärte, es sei nie beabsichtigt gewesen, das absolute Rauchverbot durch flächendeckende Polizeikontrollen durchzusetzen. Der gesellschaftliche Konsens sei wichtig und müsse beim Gesetzesvollzug berücksichtigt werden. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget warf der CSU „Herumgeiere“ vor, Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause erachtete eine Lockerung des Rauchverbots als „politische Bankrotterklärung“. Es

dürfe keinen rechtsfreien Raum in Bierzelten geben. Beide Oppositionsfraktionen hätten dem Gesundheitsschutzgesetz zugestimmt. Von den 18 Gegenstimmen kamen 13 aus der CSU, von den acht Enthaltungen vier.

Die Probleme für Lehrer und Schüler beim Übergang vom neun- zum achtklassigen Gymnasium (G 8) sollen gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz durch Beschränkung des Lernstoffs zumindest erleichtert werden. Der Ministerpräsident kündigte konkrete Vorschläge des Kultusministers für April an.

BayernLB und Transrapid

Schmid sprach von vielen Baustellen der Landespolitik. Er nannte auch die Zukunft der Bayerischen Landesbank und den Transrapid. Zur Magnetschwebebahn erwartet die Staatsregierung bis Ende April die verbindliche Kostenberechnung der Industrie. Beckstein bleibt dabei, den Staatszuschuss nicht über 490 Mio. Euro zu erhöhen. Sollte der Transrapid zu teuer werden, komme das Projekt nicht zustande.

Untersuchungsausschuss

Zur Landesbank haben SPD und Grüne per Dringlichkeitsantrag im Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erwungen. An Hand von vier Fragen soll er klären, ob Finanzminister Huber das Parlament bewusst und wider besseres Wissen falsch über die Verluste aus dem amerikanischen Immobilienkreditgeschäft unterrichtet hat. Der Finanzminister kontierte, der Fragenkatalog enthalte keine einzige Frage, zu der er im Landtag nicht schon mehrfach korrekt berichtet habe. Hier werde ein parteipolitisches Manöver auf dem Rücken der Landesbank ausgetragen. Laut Verfassung muss ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden, wenn ihn ein Fünftel der

Eine neue Generation der juristischen Recherche

Mit „beck-online 2008“ startet C.H.Beck seine optimierte Online-Datenbank

Schneller, einfacher, intuitiver. Mit „beck-online 2008“, der optimierten Online-Datenbank aus dem Verlag C.H.Beck, startet eine neue Generation der juristischen Recherche. Besonders auffällig: das großzügige Webseiten-Layout mit dem markanten einzeiligen Suchfeld. Doch auch unter der Oberfläche hat es „beck-online 2008“ in sich. Zu erreichen ist das neue beck-online ab sofort unter www.beck-online.de.

„Beck-online 2008“ gibt der juristischen Arbeit ein neues Profil: durch die innovative Nutzerführung und verbesserte Suchmöglichkeiten hilft es den Anwendern, Aufgaben schneller, effizienter und kreativer zu erledigen“, erläutert Simon Hohoff, Leiter des Lektorats elektronisches Publizieren im Verlag C.H.Beck, das Konzept von „beck-online 2008“. Hohoff weiter: „Unsere konsequente Technologieunterstützung entlastet Anwälte, Steuerberater und Richter bei Rechercheaufgaben. Dadurch wird die Beratung qualitativ hochwertiger, es steht mehr Zeit für Mandantengespräche und Ideen zur Verfügung und so für zusätzliche Umsätze.“

Erkennbar ist das neue beck-online vor allem an dem ständig verfügbaren Suchfeld. Eingeben lässt sich ohne zusätzliche Kennzeichnung die gesamte juristische Begriffswelt wie Gesetze, Aktenzeichen, Zitate, Fundstellen, Gerichte, Kommentare und Zeitschriften. Was gesucht wird, erkennt „beck-online 2008“ automatisch und zeigt dank modernster Software innerhalb von Millisekunden die passenden Treffer. Suchergebnisse lassen sich per Mausklick nach Rechtsgebieten, Publikationstypen und Zeiträumen über dynamische Kategorien eingrenzen.

Besonders praktisch: beck-online liefert zu einem Dokument auch Hinweise auf thematisch verwandte Inhalte, an die der Suchende im ersten Augenblick häufig nicht denkt. Einschlägige Dokumente lassen sich schließlich in beliebiger Reihenfolge ausdrucken, in Satzform kopieren und per Link als eMail weiterverschicken. Weitere Informationen: www.beck-online.de. □

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Hinweis in eigener Sache:

Bitte Geburtstage und neue Adressen melden

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle veröffentlichen wir seit vielen Jahren die runden Geburtstage der bayerischen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Nach den Kommunalwahlen stimmen viele unserer Daten nicht mehr. Bitte geben Sie uns umgehend die Änderungen bekannt.

Auch zahlreiche Bezieher, die als ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die Bayerische Gemeindezeitung von ihren jeweiligen Gebietskörperschaften erstattet bekommen, müssen umgemeldet werden. Bitte denken Sie auch daran, bei Ihren konstituierenden Sitzungen abzufragen, wer künftig die Bayerische Gemeindezeitung beziehen möchte. Nutzen Sie unsere günstigen Konditionen bei Sammelbestellungen!

Kommunale Entscheidungsträger sind auf qualifizierte Fachinformationen angewiesen. Die Bayerische Gemeindezeitung unterstützt sie dabei. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerd Peschke
94336 Hunderdorf
am 25.3.

Bürgermeister Willi Hastreiter
93486 Runding
am 26.3.

Bürgermeister Johann Schott
91583 Diebach
am 26.3.

Bürgermeister Ottmar Mayr
86929 Penzing
am 29.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerd Bischoff
87509 Immenstadt i. Allgäu
am 18.3.

Bürgermeister Josef Alter
85290 Geisenfeld
am 19.3.

Bürgermeister Reiner Schachtner
84180 Loiching
am 27.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Ostermeier
84567 Erlbach
am 21.3.

Bürgermeister Paul Anner
83128 Halfing
am 22.3.

Bürgermeister Rudolf Schaupt
83471 Berchtesgaden
am 31.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Peter Bürgel
85221 Dachau
am 22.3.

Bürgermeister Josef Peutler
93090 Bach a. d. Donau
am 22.3.

Bürgermeister Walter Schnell
91126 Kammerstein
am 26.3.

Bürgermeister Walter Matzner
88138 Sigmarszell
am 29.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Kreil
95100 Selb
am 21.3.

Bürgermeister Berthold Ziegler
87493 Lauben
am 23.3.

Bürgermeister Alfons Wallner
94366 Perasdorf
am 23.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Wolfshörmel
97218 Gerbrunn
am 24.3.

Ifo-Institut und Umwelt-Sachverständigenrat einig:

Energie aus nachwachsenden Rohstoffen kann Klimaschutz-Problem nicht lösen

Vor allem Umweltprobleme und Mangel an Ackerflächen stellen unüberwindbare Hürden dar

„Energie aus nachwachsenden Rohstoffen – Perspektive oder Irrweg?“ hieß die Frage in einem gemeinsam vom Bayerischen Handwerkstag (BHT) und dem Münchener ifo-Institut für Wirtschaftsforschung veranstalteten Symposium. Und die Antwort war ziemlich eindeutig. Zum Klimaschutz und zur Gewinnung neuer Energiequellen können nachwachsende Rohstoffe bei weitem nicht das beitragen, was von ihnen erwartet wird. Zu diesem Schluss kamen als Experten jedenfalls die Professoren Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts, und Martin Faulstich, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen. Und auch Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller und Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller wollten und konnten dieser Erkenntnis nicht grundsätzlich widersprechen.

Überraschende Feststellung des Marktwirtschaftlers Sinn: „Um die Probleme zu lösen, brauchen wir eine Mengenbewirtschaftung der fossilen Brennstoffe und einen Zertifikatshandel.“ Auch dem von Sinns Äußerung etwas überraschten Faulstich fiel „kein anderer Weg“ ein. Schließlich gab BHT-Präsident Heinrich Traublinger zu bedenken, dass es „zutiefst unethisch ist, Rohstoffe für Nahrungsmittel (wie etwa Getreide) zu verbrennen, selbst wenn damit Energie erzeugt wird.“ Die Verbrennung von solchen Rohstoffen sei ein weiterer Beweis dafür, mit welcher Geringschätzung hierzulande Lebensmittel inzwischen behandelt werden. Hier müsse ein Umdenken erfolgen, forderte Traublinger.

Sinn führte mit einer Fülle von Zahlen, Grafiken und Schaubildern aus, dass Biokraftstoffe einer der teuersten Wege zur CO₂-Vermeidung seien. So habe eine US-Studie ergeben, dass der Einsatz von Bioethanol (zur Beimischung zum Benzin) ohne Vorteil beim CO₂-Ausstoß bleibe, weil bei der Herstellung und

nicht aus, die in der EU stillgelegten landwirtschaftlichen Flächen für die Biosprit-Gewinnung zu aktivieren, denn diese Flächen machten nur 6,5 Prozent der gesamten Nutzfläche aus.

Hohe Subventionen

In Deutschland trägt Energie aus Biomasse zu 72 Prozent zu den erneuerbaren Energien (EE) bei. Davon dienen etwa zwei Drittel der Wärmezeugung, ein Fünftel der Stromerzeugung und nur drei Prozent der Erzeugung von Kraftstoffen, vor allem von Biodiesel. Biodiesel aber sei nur Konkurrenzfähig, weil er mit 53,5 Cent je Liter subventioniert werde. Derzeit tragen erneuerbare Energien in Deutschland nach Darstellung von Faulstich mit 8,4 Prozent zum Endenergieverbrauch bei, wobei 14 Prozent auf die Wärmezeugung, 17 Prozent auf Kraftstoffe und zwischen 25 und 30 Prozent auf die Stromerzeugung entfallen. Bis 2020 wollen die EU und die Bundesregierung zwar den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent steigern. Dies aber sei, so die beiden Professoren, unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten kein realistisches Ziel.

Optimum Biogas

Gegen die derzeit verfolgten Ziele bei der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen spricht laut Faulstich unter anderem, dass die Energieerträge pro Hektar der verschiedenen nach-

wachsenden Rohstoffe sehr unterschiedlich sind. Am besten schneidet „Kurzumtriebsplantagenholz“ (wie etwa Pappeln) für die Wärmezeugung ab, was aber nur sehr begrenzt verfügbar ist. Deshalb gilt als Optimum Biogas, wenn es gleichzeitig zur Erzeugung von Kraft (Strom) und Wärme genutzt wird (Kraft-Wärme-Kopplung). Biogas und die Verbrennung von Pappelholz tragen auch am meisten zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen bei.

Abfallprodukte der Landwirtschaft

Berücksichtigt man das Flächenproblem, wäre es aber nur sinnvoll, Abfallprodukte der Landwirtschaft wie Ausschussgetreide, Stroh, Gülle und Holzabfälle oder auch Abfälle der Lebensmittelproduktion wie zum Beispiel Kleie, Bruchkorn, Altbrot, Treber usw. zur Biogaszeugung zu verwenden. Wobei auch dabei Probleme entstünden, denn werden zuviel Pflanzenabfälle wie etwa Altholz genutzt, könnte durch fehlende Humusbildung die natürliche Bodenkultur geschädigt werden. Die Verwendung von zuviel Gülle wiederum könnte den vermehrten Einsatz von Kunstdünger nötig machen.

Zieht man ein Fazit, sind also Nachteile bei der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen zu nennen der riesige Flächenverbrauch, die Umweltbelastung durch Versauerung und Überdüngung der Böden, das Entstehen von schädlichen Monokulturen, aber auch die Verdrängung der Erzeugung von Nahrungsmitteln und anderweitigen Rohstoffen (etwa Holz für die Möbelindustrie). Auch die Versorgungssicherheit könnte nicht wesentlich verbessert werden, denn um 20 Prozent des in Deutschland verbrauchten Mineralöls durch heimischen Biosprit zu ersetzen, müsste die gesamte Ackerfläche hierzulande zur Produktion von nachwachsenden Rohstoffen genutzt werden.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Tortillakrise in Mexiko, wo die Produktion von Biomasse zur Ethanolherzeugung die Maisproduktion zurückgedrängt und Maismehl für die Tortillas enorm verteuert hat, stellt Sinn fest: „Die Erzeugung von Energie aus nachwachsenden“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Bürgermeister genießen hohes Ansehen und haben Freude an ihrem Amt

Bundesweite Umfrage der Bertelsmann Stiftung, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter Stadtoberhäuptern und Bürgern

Deutschlands Bürger geben ihren Bürgermeistern gute Noten. 78 Prozent der wahlberechtigten Deutschen sind mit ihren Bürgermeistern zufrieden bis sehr zufrieden. Und auch die Stimmung bei den Bürgermeistern ist gut: 96 Prozent der hauptamtlichen Oberbürgermeister und Bürgermeister in Deutschland sind zufrieden mit ihrem Beruf. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unter 1.153 Bürgermeistern und 1.303 wahlberechtigten Deutschen. Durchgeführt wurde die Umfrage von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen.

Die Bürgermeister in der Bundesrepublik Deutschland setzen Kinder-, Familien- und Jugendpolitik mit 71 Prozent ganz oben auf ihre Agenda. Weitere wichtige Themen für sie sind Finanzen und Schuldenabbau (70 Prozent) sowie Wirtschaftsförderung und Jobs (68 Prozent), Bildung und Schule (60 Prozent) sowie Stadtentwicklung (50 Prozent). Als besonders hinderlich bei der Wahrnehmung ihrer Amtsgeschäfte empfinden Bürgermeister eine Überregulierung durch

ihren Beruf gewachsen sind, geben sie in der Umfrage auch negative Aspekte ihres Berufes an. 80 Prozent der Bürgermeister beklagen, dass Familie und Privates zu kurz kommen, 62 Prozent reklamieren eine zunehmende Öffentlichkeit ihres Privatlebens und 41 Prozent einen schlechteren Gesundheitszustand aufgrund der hohen Belastung.

Demokratische Teilhabe in Kommunen am größten

„Die Umfrage zeigt, dass der

Beruf des Bürgermeisters ein Berufsbild ist, in dem politisch engagierte Menschen hohe Zufriedenheit erlangen können“, so Dr. Kirsten Witte, Leiterin des Kompetenzzentrums Kommunen und Regionen der Bertelsmann Stiftung. „Die Übereinstimmungen zwischen den Bürgern und ihren Vertretern sind außerdem ein klarer Hinweis, dass in den Kommunen die demokratische Teilhabe am größten ist. Gleichwohl gilt es mit Blick auf die demographische Struktur unseres kommunalpolitischen Personals, eine aktivere politische Nachwuchsförderung und Personalentwicklung zu betreiben.“

Bürgernähe der kommunalen Ebene

„Die große Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zeigt eine erfreuliche Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt oder Gemeinde.“

Die Bevölkerung bestätigt hiermit die besondere Bürgernähe der kommunalen Ebene, die die Städte und Gemeinden gegenüber Bund und Ländern immer wieder anführen“, sagten Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages und Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, heute in Berlin.

Die ausführlichen Ergebnisse der Umfrage „Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme in Deutschland“ finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de, www.staedtetag.de und www.dstgb.de. □

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Am 2. März sind viele Wahlräume in Rauch aufgegangen. Da wird die Malawi-Koalition der Raucher-Gegner im Landtag noch schwer dran zu knabbern haben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, glänzend bestätigt als Erster im Rathaus und nur mäßig gezaust mit dem Wahlergebnis seiner Fraktion, hat sich die blendende Laune vom Wahlabend erhalten und kommentiert die Wahlanalysen auf seine Weise.

Sie wissen nicht, was eine Malawi-Koalition ist? Nun, das Rauchverbot in Gaststätten in Bayern, das mit Ausnahme des exterritorialen Gebietes der Münchner Theresienwiese das strengste bundesweit ist, wurde bekanntlich von allen Parteien im Landtag beschlossen. Und die Farben dieser Parteien – schwarz-rot-grün – decken sich mit den Nationalfarben Malawis – in Anlehnung an die Begriffe Ampel- oder Ja-

heute zum Schweinsbraten drei Beilagen: Semmelknödel, Krautsalat und den Mitgliedsausweis des Raucherclubs, dem man mit der Bestellung beigetreten ist. Vielerorts ist es ab 22 Uhr üblich, wenn nur noch der Stammtisch im Lokal ist, dass der Wirt mit lauter Stimme „geschlossene Gesellschaft“ ruft und alle Anwesenden die Zigarettenpackerl rausholen. Oder, wie gesche-

hen, der Wirt erinnert sich an seine Studienzeit. An die vielen Abende, die er im Münchner Off-Off-Theater bei einer absurden Performance verbracht hat. Kurzerhand erklärt er seine ganze Eckkneipe zur Bühne, mit den Gästen als experimenteller Theatertruppe, die das Spannungsverhältnis zwischen normativer Regelungskompetenz und ihrer faktischen Durchsetzung spielerisch mit brennenden Zigaretten in den Händen und zwischen den Lippen auslotet. Denn auf einer Theaterbühne – ein unvermeidliches Zugeständnis an die Kunstfreiheit – darf geraucht werden.

Für die Bayern, die die größten Galgenstricke wie den Jäger Jennerwein oder den Räuber Kneißl als Volkshelden verehren, wenn sie der Obrigkeit bloß gescheit die lange Nase drehen, ist das Rauchverbot somit fast ein identitätsstiftendes Geschenk: Wie gelingt es uns, immer raffinierter das Gesetz zu umgehen und das Ordnungsamt mit dessen eigenen Vorschriften zu schlagen? Das ist wie amerikanische Prohibition ohne Mafia.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält es mit dem Alten Fritz: Tiefer hängen. Alles wird sich einspielen, wenn man jetzt nicht hektisch zwischen Aktion und Reaktion hin und herwankt. Die Raucher werden weiter ihre Nischen finden, die man ihnen auch belassen soll. Die Nichtraucher werden weiter das Loblied von Malawi singen und auf den heutigen Kalenderspruch von Jean Jacques Rousseau verweisen, den ich dem Chef auf den Schreibtisch lege: „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will“.

the Sabriul

Geschlossene Gesellschaften

maika-Koalition. Dass man unter Umständen mit Jamaika angenehmere Assoziationen verbindet als mit dem südostafrikanischen Kleinstaat Malawi ist unvermeidbar.

Eigentlich geht es dem Bürgermeister ja nur darum deutlich zu machen, dass doch eigentlich alle das Rauchverbot wollten – und zwar genauso wie es jetzt gekommen ist. Und das Volk zerfällt – wie könnte es anders sein – in drei Lager: Die militanten Nichtraucher, die den Tabak-Afficionados am liebsten noch das Rauchen in den eigenen vier Wänden verbieten würden. Leuten wie mir, die es toll finden, dass man im Restaurant was essen kann, ohne von links und rechts zugequält zu werden, denen aber in der Bar oder der Eckkneipe doch ein bisschen das Flair abgeht, das mit der Zigarette oder dem Zigarillo auch verbunden ist. Und dann natürlich die Freischärler, die jede noch so kleine gesetzliche Lücke mit dem Spreizer so weit vergrößern, dass auch die dicksten Zigarren durchpassen.

In nicht wenigen Vorstadtkeipen erhält man

Anzeigen in der **GZ**
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Land, Bund und EU (72 Prozent) und die Finanznot ihrer Gemeinde (49 Prozent).

Glaubwürdigkeit, Bürgernähe und Durchsetzungsfähigkeit

Zwischen Bürgermeistern und Bürgern besteht Einigkeit darüber, dass Glaubwürdigkeit, Bürgernähe und Durchsetzungsfähigkeit die wichtigsten Eigenschaften eines Bürgermeisters sind. Die Motivation der Bürgermeister, sich für ein Bürgermeisteramt zu bewerben, ist stark vom Gestaltungswillen und dem Gemeinwohl geprägt: Die Gestaltung des Stadtbildes (97 Prozent), die Freude am Umgang mit Menschen (95 Prozent) und die Verpflichtung gegenüber der Stadt oder Gemeinde (90 Prozent) sind ihre wichtigsten Motive.

Mit Blick auf das Sozialprofil der Bürgermeister zeigt die Studie, dass Frauen und Bürgermeister mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert sind: Nur fünf Prozent aller Bürgermeister sind weiblich und nur zwei Prozent haben einen Migrationshintergrund. Aus Sicht der Bürgermeisterinnen sind diese Gründe verantwortlich: Es mangelt zum einen an der Vereinbarkeit von zeitintensiver politischer Arbeit und Familie (90 Prozent) und zum anderen wissen die männlichen Kollegen die männerdominierten Machtstrukturen besser für sich zu nutzen (80 Prozent).

Familie und Privates kommen zu kurz

Obwohl die Bürgermeister in Deutschland mit ihrem beruflichen Leben sehr zufrieden sind und glauben, dass ihr Selbstvertrauen (97 Prozent) und ihre Anerkennung (91 Prozent) durch

Verkehrsprojekte im Freistaat

Bayern will im ländlichen Raum den Busverkehr wieder fördern Auch Ausbau des Schienenverkehrs und der S-Bahn-Netze

Um die Qualität im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weiter auszubauen, wird Bayern 2009 die Busförderung wieder aufnehmen und dafür jährlich rund 30 Millionen Euro zu Verfügung stellen. Gefördert werden soll vor allem der ländliche Raum, wo der Bus wieder eine Alternative zum privaten Pkw werden soll. Die Landeshauptstadt München werde nicht in das Förderprogramm einbezogen, „denn hier fördern wir ja schon die U-Bahn“, sagte Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsministerin Emilia Müller in der Verkehrs-Jahrespressekonferenz 2008 in München. Die Busförderung in Bayern war vor einigen Jahren eingestellt worden. Jetzt soll besonders Wert auf die Anschaffung von Niederflrbusen gelegt werden, „weil das besonders älteren und behinderten Menschen sowie Familien mit Kinderwagen nutzt“. Außerdem will man durch den Einsatz moderner Busse auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Generell betonte die Ministerin, dass Bayern eine leistungsfähige flächendeckende Infrastruktur mit einer optimalen Einbindung in das nationale und europäische Verkehrsnetz benötige. Der Freistaat wolle seine diesbezügliche Spitzenstellung im Ländervergleich behaupten und, auch gegen Widerstände, mit mehr Wettbewerb und dem Ausbau der Infrastruktur für eine gute Erschließung in ganz Bayern sorgen.

Der größte Besteller

Als verkehrspolitische Kernaufgabe des Freistaates bezeichnete Müller den Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Mit gut 105 Millionen Zugkilometern sei Bayern der größte Besteller von Nahverkehrsleistungen in Deutschland. Der Erfolg zeige sich darin, dass sich in zehn Jahren die Zahl der Fahrgäste um 50 Prozent erhöht habe. Seit 2003 schreibe die bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) jährlich circa 30 Millionen Zugkilometer aus. Und in diesem Tempo wolle man auch weitermachen und je-

nen-Takt machen und plane von Augsburg aus, das u.a. mit einem zusätzlichen Bahnsteig zu einer Mobilitätsdrehscheibe ausgebaut werden soll, einen Halbstundenrhythmus nach München und zur Hauptverkehrszeit einen 15-Minuten-Rhythmus nach Gessertshausen und Mering. Auch Richtung Dinkelscherben soll es vom 2008/09 an mehr Verkehrsleistungen geben. Ein Jahr später soll auf der Strecke Augsburg-Friedberg ebenfalls ein 15-Minuten-Takt eingeführt werden. Die Ausschreibung für das Dieselnetz Oberfranken ist in diesem Tagen veröffentlicht worden. Die für das Elektronetz Franken soll in Kürze folgen.

Zweite Stammstrecke

Für die S-Bahn in München läuft das Planfeststellungsverfahren für die zweite Stammstrecke. Mit dem Bau soll 2009 begonnen werden. Die Fertigstellung ist spätestens für 2016 vorgesehen. In Planung sind auch der Erdinger Ringschluss und der viergleisige Ausbau der Strecke München-Ost – Markt Schwaben. Mit diesen Maßnahmen sollen Nordost- und Südostbayern besser an den Flughafen angebunden werden. Für dieses Ziel wird vom März 2008 an ein neuer Regionalbahnhof in Neufahrn errichtet, damit die Fahrgäste dort in die Flughafen-S-Bahn umsteigen können. Morgens zwei Züge Richtung München und abends zwei Züge Richtung Ostbayern werden dort halten. Kapazitätsmäßig sei nicht mehr möglich, hieß es.

Auf der S-Bahn-Agenda ste-

hen auch der Ausbau der S 7 nach Geretsried und der viergleisige Ausbau der S 8 bis Buchenau. Zur S 7 war inoffiziell, sozusagen „zwischen den Zeilen“, von Vertretern der Bahn zu hören, die Finanzierung der Weiterführung von Wolfratshausen nach Geretsried sei wohl gesichert, noch nicht aber die Tieferlegung der Bahnstrecke in Wolfratshausen, um sie unter der Sauerlacher Straße hindurchzuführen. Hier komme es auf einen positiven Kosten-Nutzen-Faktor an, und ob der erreicht werde, sei

chen-Ost.

Für den Luftverkehr hob Müller die positive Entwicklung des „Allgäu Airport“ mit schon mehr als 200 000 Fluggästen und die vom Freistaat unterstützte Modernisierung des Flughafens Hof-Plauen sowie den Nürnberger Flughafen als Tor zur Welt hervor. Die Kapazität des Weltflughafens München sei mit mehr als 34 Millionen Passagieren erschöpft. Hier sei die dritte Start- und Landebahn unverzichtbar, deren Realisierung aber frühestens 2011 möglich sei.



So könnte der Transrapid in München ankommen. Bild: Stoiber

noch sehr fraglich. Und damit auch die Tieferlegung der Bahn. Die Münchner S-Bahnen sollen vom Dezember 2008 an eine Stunde länger fahren.

Bei der Nürnberger S-Bahn sind für die Strecken nach Forchheim, Neumarkt und Ansbach sowie für die Verlängerung Lauf-Hartmannhof die Bau- und Finanzierungspläne unterzeichnet.

Barrierefreier Ausbau

Großen Wert legt der Freistaat auf den barrierefreien Ausbau der SPNV-Haltestellen, um den Zugang für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen sowie Familien mit Kinderwagen zu erleichtern. Ausgebaut werden die Bahnhöfe München-Pasing, Ingolstadt, Rosenheim, Passau, Würzburg, Augsburg und Mün-

Natürlich trat Ministerin Müller auch vehement für den Transrapid ein, weil sich der Verkehr zum Flughafen bis 2020 verdoppeln werde, was von einer Express-S-Bahn nicht zu bewältigen sei, die zudem doppelt so teuer zu stehen komme wie der Transrapid. Müller beharrte auf dem mit Bund, Industrie und Flughafen München vereinbarten Festpreis von 1,85 Milliarden Euro. Zudem rechnet sie fest mit einer Förderung durch die EU. Sollte der Transrapid teurer werden, bleibe es der Kreativität der Industrie überlassen, dieses Problem dann zu lösen. Nach Müllers Darstellung ist übrigens die beste Anbindung Augsburgs an den Flughafen gegeben, wenn die Augsburg mit der Bahn nach München fahren und dort den Transrapid zum Airport nehmen. dhg.

CSU bleibt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Landratsposten. Zudem brachten die Bürgermeisterwahlen in 52 von 153 Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern noch keinen klaren Sieger hervor.

Überaus deutlich waren hingegen die Ergebnisse in den Metropolen München und Nürnberg: Die SPD-Oberbürgermeister konnten sich klar behaupten. Münchens OB Christian Ude erreichte 66,7 Prozent der Stimmen, während sein Kontrahent von der CSU, Josef Schmid, auf 24,5 Prozent kam. Nürnbergs Stadtoberhaupt Ulrich Maly vereinigte 64,3 Prozent der Stimmen auf sich; für CSU-Gegenkandidat Klemens Gsell entschieden sich 27,4 Prozent der Wähler.

Viele Stichwahlen

In der drittgrößten Stadt Augsburg müssen die Sozialdemokraten dagegen um den OB-Sessel bangen: CSU-Herausforderer Kurt Gribl liegt als parteiloser Kandidat mit 43,6 Prozent vor Amtsinhaber Paul Wengert mit 40,6 Prozent der Stimmen. Laut CSU-Chef Huber zeigt dies, „dass die CSU auch in Großstädten Erfolge verbuchen kann und sich die SPD zu Unrecht das Etikett Großstadtpartei anheften will“. Auch in Würzburg und Regensburg liegen die CSU-Bewerber vorne: Die amtierende Oberbürgermeisterin Pia Beckmann (41,3 Prozent) tritt in der unterfränkischen Bezirkshauptstadt nochmals gegen Georg Rosenthal von der SPD (24,7 Prozent) an, in der ostbayerischen Bischofsstadt hofft Amtsinhaber Hans Schaidinger (43,5 Prozent) auf einen Wahlsieg gegen SPD-

des deutschlandweit dienstältesten OB Hartwig Reimann (SPD) geht, tritt Matthias Thürauf (CSU/48,8 Prozent) gegen Helga-Schmitt-Bussinger (SPD/34,6 Prozent) an. In Straubing kämpft der amtierende SPD-OB Reinhold Perlak (46,0 Prozent) am 16. März gegen den jungen CSU-Kandidaten Markus Pantermayr, der auf Anhieb 42,7 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinte.

Gewählte Amtsinhaber

Bereits im ersten Anlauf klar bestätigt wurden dagegen die CSU-Oberbürgermeister in folgenden kreisfreien Städten: In Ingolstadt Alfred Lehmann, der sich trotz sieben Gegenkandidaten mit 53,4 Prozent der Stimmen behauptete, in Erlangen Siegfried Balleis (55,8 Prozent), in Amberg Wolfgang Dandorfer (50,1 Prozent), in Kempten Ulrich Netzer (69,3 Prozent), in Kaufbeuren Stefan Bosse (85,1 Prozent) und in Rosenheim Gabriele Bauer (69,2 Prozent). Fürth und Coburg wiederum werden weiterhin von den SPD-Amtsinhabern Thomas Jung (80,1 Prozent) bzw. Norbert Kastner (54,6 Prozent) regiert. Hingegen muss in Ansbach der amtierende SPD-OB Ralf Felber (32,8 Prozent) um seine Wiederwahl bangen: Carda Seidel (BAP/FW/ÖDP) liegt nach dem ersten Wahlgang mit 38,9 Prozent vorn.

Erster ÖDP-Bürgermeister

Völlig überraschend wird im unterfränkischen Burkardroth (Landkreis Bad Kissingen) künftig Bayerns erster ÖDP-Bürgermeister regieren: Waldemar Bug konnte sich mit hauchdünner Mehrheit gegen Amtsinhaber Emil Müller (CSU) durchsetzen. Verloren haben hingegen die Grünen mit dem Ausscheiden von Sepp Daxenberger den Bürgermeistersessel im oberbayerischen Waging am See. Der Kandidat der Freien Wähler und langjährige zweite Bürgermeister, Herbert Häusel, bekam 62,4 Prozent der Stimmen. Für den Grünen-Kandidaten Hans Kern stimmten nur 21,9 Prozent der Wähler. Sepp Daxenberger war 1996 der erste Grünen-Bürgermeister in Bayern.

Grüne hoffen auf Landrat

Apropos Grüne: Gute Chancen auf ihren ersten Landratsposten rechnet sich die Partei im Landkreis Freising aus: Dort kommt es zu einer Stichwahl zwischen dem Grünen-Kandidaten Christian Magerl (26,7 Pro-

zent) und Michael Schwaiger von den Freien Wählern (27,6 Prozent). Magerl ist bereits Landtagsabgeordneter der Grünen, Schwaiger Erster Bürgermeister der Gemeinde Marzling.

39 gewählte CSU-Landräte

Trotz der Niederlage der CSU im Landkreis Freising mit ihrem Kandidaten Josef Riemensberger erlebte die Partei auch bei den Landratswahlen deutlich mehr Licht als Schatten: Sie konnte ihre ohnehin schon überragende Stellung sogar noch steigern: Von 62 zur Wahl stehenden Landräten siegten rund zwei Drittel (39 Landräte) der CSU; von der SPD und den Freien Wählern gewannen jeweils nur vier.

In elf Landkreisen liegen folgende CSU-Bewerber im ersten Wahlgang an der Spitze: Jürgen Heike im Kreis Coburg (Bestwert mit 48,8 Prozent), Rudi Engelhard in Pfaffenhofen, Herbert Hahn in Tirschenreuth, Luitpold Braun in Weilheim-Schongau, Eberhard Nuß in Würzburg-Land, Karl Roth in Starnberg, Richard Reisinger in Amberg-Sulzbach, Ludwig Lankl in Freyung-Grafenau, Martin Bachhuber in Bad Tölz-Wolfratshausen, Elmar Stegmann in Lindau, Heiner Janik im Kreis München und Norbert Dinkel im Nürnberger Land.

Als einzige Partei gewann die CSU in den Landkreisen Miesbach und Wunsiedel zwei Land-

ratsessel dazu: Landtagsabgeordneter Jakob Kreidl ging mit 64,6 Prozent in Miesbach als Sieger hervor, in Wunsiedel machte MdL Karl Döhler mit 52,9 Prozent das Rennen. Das Fürther Landratsamt wiederum bleibt auch nach dem Ausscheiden von Landrätin Gabriele Pauli in den Händen der Christlich-Sozialen Union: 50,3 Prozent der Wähler stimmten für den erst 32-jährigen CSU-Kandidaten Matthias Diebl. Neben ihm hatten sich vier weitere Kandidaten um Paulis Nachfolge beworben.

Rössle mit bestem Ergebnis

Im Landkreis Passau wurde der frühere bayerische Finanzstaatssekretär Franz Meyer zum Nachfolger von Hanns Dorfner (CSU) bestimmt. Meyer erhielt 66,7 Prozent der Stimmen. Im Landkreis Augsburg behielt Martin Sailer von der CSU mit 52,1 Prozent die Oberhand; er folgt Parteifreund Karl Vogele.

Die höchste Zustimmung der 30 bestätigten CSU-Landräte erfuhr Stefan Rössle in Donau-Ries mit 94,2 Prozent – er hatte keinen Gegenkandidaten, ebenso wie Thomas Habermann in Rhön-Grabfeld und Heinz Wölfl in Regen. Bei den Landräten der CSU mit Konkurrenten hatte Hubert Hafner in Günzburg mit 82,2 Prozent die Nase vorn, gefolgt vom Chamer Amtsinhaber Theo Zellner mit 81,3 Prozent. Zellner ist auch Präsident des Bayerischen Landkreistags. **DK**

Hauptausschuss des Verbands der bayerischen Bezirke:

Autistische Menschen fördern!

In seiner jüngsten Sitzung befasste sich der Hauptausschuss des Verbands der bayerischen Bezirke in Deggendorf schwerpunktmäßig mit den Themen „Autismus-Kompetenz-Zentren in Bayern“, der Neustrukturierung der „ambulanten Eingliederungshilfe“ sowie den Eckpunkten zum „Übergang aus der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“. Hierzu fasste das Gremium folgende Beschlüsse:

1. Autismus-Kompetenz-Zentren in Bayern

Mit der Schaffung bzw. Unterstützung von Autismus-Kompetenz-Zentren wollen die Bezirke einen notwendigen Beitrag zur Förderung der Lebensqualität von Menschen mit Autismus leisten. Sie sollen auf der Grundlage des Bayerischen Rahmenkonzeptes „Autismus-Kompetenz-Netzwerk“ entwickelt werden.

2. Zuständigkeit für die „ambulante Eingliederungshilfe“

Zum 1. Januar ist die lang erwartete Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch in Kraft getreten. Damit wird die bisher geteilte Aufgabenverantwortung für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen auf der Ebene der Bezirke zusammengeführt. Für die Bezirke wurde gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, die ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe ganz oder teilweise für eine Übergangszeit von einem Jahr auf die örtlichen Sozialhilfeträger zu delegieren. Von dieser Möglichkeit haben die Bezirke in unterschiedlicher Weise Gebrauch gemacht.

3. Eckpunkte zum „Übergang aus der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“

Das zentrale Anliegen ist es hier, den Menschen mit Behinderungen im Arbeitsbereich der Werkstätten verstärkt Wege für einen Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ebnen. Das Sozialministerium hat einen Runden Tisch einberufen mit dem Ziel, gemeinsam mit den für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben zuständigen Aufgabenträgern ein Gesamtkonzept für ein koordiniertes Vorgehen zu erarbeiten.

Ein klares Bekenntnis zu den Bezirken hatte zuvor in einem Grußwort Kultusstaatssekretär Bernd Sibley abgegeben. Die Bezirke hätten seit Jahrzehnten eine hohe integrative Funktion besonders innerhalb der kommunalen Familie. **DK**

Energie aus ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Rohstoffen vergrößert die Armut in der Welt.“ Diese Aussage ist zu sehen vor dem Hintergrund, dass die Weltbevölkerung von heute etwa 6,6 Milliarden Menschen nach einer UNO-Prognose bis 2025 auf 8 Milliarden und bis 2050 auf 9 Milliarden Menschen anwachsen dürfte.

Effizientere Nutzung

Was ist zu tun? Einig waren sich alle Teilnehmer der anschließenden Diskussion, dass die größten Möglichkeiten zur Reduzierung der Treibhausgas- und damit zum Klimaschutz in der effizienteren Nutzung der Energie und im sparsameren Umgang mit ihr liegen. Bayerns Wirtschaftsministerin Müller plädierte zwar für einen vernünftigen Energie-Mix, „zu dem auch fossile Brennstoffe und Kernenergie gehören“, möchte aber dennoch an dem Ziel festhalten, 20 Prozent des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energie zu decken. Chancen dafür sieht sie außer in der Reduzierung des Energieverbrauchs, was die vorhandene Quote der erneuerbaren Energie erhöhen würde, und im weiteren Ausbau der Wasserkraft. „In Bayern gibt es da noch Reserven von etwa 10 Prozent“, sagte sie. Ihr Kollege Müller bekräftigte, dass der Teller Vorrang vor dem Tank haben müsse, hofft aber weiter auf den Ausbau der Energiegewinnung aus Biomasse, speziell aus Altholz und Holzabfällen. Stefan Vogg vom Energieerzeuger E.ON Bayern AG stellte fest, „dass wir bei allen Anstrengungen an der konventionellen Energie und damit auch an der Kernenergie nicht vorbei kom-

men, was im übrigen E.ON nie anders gesehen hat“, obwohl der Konzern sich auch immer mit Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, speziell mit Biogas, beschäftigt habe. Mit dieser Aussage hatte er die beiden bayerischen Minister auf seiner Seite.

Ministerin Müller wies zudem darauf hin, dass Deutschland durch eine falsche Energiepolitik nicht seine Konkurrenzfähigkeit aufs Spiel setzen dürfe. Mit Blick auf Bundesumweltminister Siegmund Gabriel meinte sie, vieles sei in diesem Lande überzogen. Deutschland brauche bezahlbare Energie zu vernünftigen Preisen.

Den Schlusspunkt setzte Sinn mit seiner Forderung nach einer Mengenbewirtschaftung der fossilen Brennstoffe. Bio-Energie rette das Weltklima nicht. In Deutschland zum Beispiel seien allenfalls 10 Prozent der Primärenergie dadurch zu ersetzen. Die Lösung des Klimaproblems könne nur in einer Angebots- statt einer Nachfragepolitik liegen. „Wir müssen mehr Öl im Boden lassen, denn was einmal draußen ist, geht auch irgendwann als CO₂ in die Luft“, sagte er. Schläge man diesen Weg ein, brauche man einen Bezugsrechtshandel, den nur eine Weltbehörde wie die UNO managen könne. Dabei müssten alle mitmachen, damit der Verbrauch so zu steuern sei, dass er klimakompatibel sei. Das alles mache Energie teurer, was dann zu einem geringeren Verbrauch und damit zu weniger Treibhausgasen führe.

Weltweites Handelssystem

Werde das Angebot nicht reduziert, gleichzeitig aber versucht, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu beschränken, führe dies zu einem Preissenkungseffekt und zu einer Beschleunigung der Extraktion (Förderung). Mit dem Versuch, durch Energie aus nachwachsenden Rohstoffen das eigene Energieproblem zu verringern, Sorge die EU nur für günstige Energiepreise in anderen Teilen der Welt, vor allem den USA. Kollege Faulstich stimmte zu, „dass wir ein weltweites Handelssystem für fossile Brennstoffe brauchen, doch ohne die Teilnahme der USA und Chinas bricht alles zusammen.“ **dhg.**

Zentrale Rolle der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Integration sei keine Einbahnstraße, sondern beide Seiten seien gefordert, erklärte Schramma. Auch die Migranten müssten sich auf das Land, dessen Sprache und Grundwerte einlassen. Grundsätzlich gelte es, vorhandene Ängste abzubauen.

Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Integration der Unionsfraktionen, machte deutlich, dass zentrale Forderungen der Unionsparteien, z. B. die deutsche Sprache als Schlüssel zur Integration zu verankern, das Konzept des Förderns und Förderns sowie verbindliche Integrationskurse nicht mehr Gegenstand kontroverser Diskussion, sondern inzwischen politisches Allgemeingut geworden sind.

Kein Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

Forderungen nach der Gewährung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer wies Koschyk zurück. Er erinnerte dabei an den Beschluss

der Geschäftsführenden Vorstände der CDU/CSU- und der SPD-Bundestagsfraktion vom 26. Februar 2008 zur Integration, in dem es heißt: „Das Ergebnis gelingender Integration ist die Einbürgerung.“ Dies bedeute, die Einbürgerung und die damit verbundene volle politische Teilhabe bildeten den Schlusspunkt der Integration.

Initiativen vernetzen

Staatsministerin Prof. Böhmer appellierte an alle Kommunen, ihre Integrationsinitiativen stärker untereinander zu vernetzen und von guten Beispielen zu lernen. Integration sei ein Thema nicht mehr nur für die großen Städte, sondern zunehmend auch für die mittleren und kleineren Kommunen, sagte Böhmer und ergänzte: „Es gibt viele gelungene Beispiele für kommunale Integrationsprojekte und strategische Gesamtkonzepte in den Städten und Gemeinden. Diese guten Beispiele müssen wir in die Fläche bringen und bundesweit bekannt machen, damit andere Kommunen davon lernen können.“

Die Staatsministerin hob hervor, dass Integration dort besonders gut gelinge, wo das Thema „Chefsache“ sei. Als zentral bezeichnete sie die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen. Dies bedeute zum einen, mehr Migranten in Ämtern, Kindertagesstätten, aber auch bei Polizei und Feuerwehr zu beschäftigen. Zum anderen müssten alle Mitarbeiter der Kommunen besser in die Lage versetzt werden, sich auf die speziellen Anliegen und Lebenssituationen von Menschen aus Zuwandererfamilien einzustellen.

Der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde in Deutschland, Ali Ertan Toprak, erklärte, dass für eine erfolgreiche Integration die Identifikation mit dem Aufnahmeland von zentraler Bedeutung sei und dass es dabei wichtig sei, dass die Mehrheitsgesellschaft diese Identifikation auch zulasse. Die stellvertretende Generalsekretärin der Türkisch-Islamischen Union der Aytan Kilicarslan, unterstrich die wichtige Rolle die Frauen im In-



STANDORTENTWICKLUNG
UND STÄDTEBAU



KOMMUNALE ENTWICKLUNG



WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0
Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de



**Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft
mit den Kommunen**

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Herausragender Beitrag zur klimafreundlichen Versorgung:

Spitzenwerte im internationalen Vergleich

Kernkraftwerk Gundremmingen erzeugte im Jahr 2007 21,4 Milliarden Kilowattstunden Strom / Weiterhin hohe Investitionen

Gundremmingen (jdt). Auf den herausragenden Beitrag des Kernkraftwerkes Gundremmingen zur klimafreundlichen Stromversorgung Bayerns und Deutschlands im Jahr 2007 machte der Technische Geschäftsführer, Dr. Helmut Bläsig, im Jahrespressegespräch aufmerksam. Der Standort habe mit 2688 Megawatt installierter Gesamtnennleistung in zwei Blöcken im zurückliegenden Jahr 21,4 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Herausgestellt wurde von Dr. Bläsig im Blick auf das drittbeste Ergebnis überhaupt, dass die durchschnittliche Verfügbarkeit beider Blöcke bei über 91 Prozent gelegen habe. Dies sei auch im internationalen Vergleich ein Spitzenwert. Von Christoph Quick, dem neuen kaufmännischen Geschäftsführer seit dem 1. Januar 2008, wurde die wirtschaftliche Bedeutung des Kernkraftwerkes im Kreis Günzburg für die Region Bayerisch-Schwaben und weit darüber hinaus bekräftigt.

Bläsig betonte, dass das Kernkraftwerk Gundremmingen knapp 27 Prozent des bayerischen Strombedarfs, der bei rund 80 Milliarden Kilowattstunden lie-

In einem Bericht über das Betriebsgeschehen führte Bläsig an, dass im Sommer 2008 für den Block B die größte Jahresrevision seit dem Beginn des Betrie-



Jahrespressegespräch: Technischer Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsig (links) und der Kaufmännische Geschäftsführer Christoph Quick.
Text und Bild: -jdt-

ge, gedeckt habe. Dies erspare der Atmosphäre Tag für Tag rund 58.650 Tonnen Kohlendioxid, was dem täglichen CO₂-Ausstoß von rund 7.000.000 PKW der Golf-Klasse entspreche.

Stete Optimierung

Die hohe Verfügbarkeit der beiden Blöcke im Kernkraftwerk Gundremmingen (Block B rund 95 Prozent, Block C 88 Prozent) nannte der Technische Geschäftsführer den „besten Beleg für die kontinuierliche Optimierung“. Die unterschiedlichen Verfügbarkeitswerte ergäben sich in erster Linie aus den variierenden Stillstandszeiten für Revisionen und Brennelementwechsel, aus den Erfordernissen so genannter „Wiederkehrender Prüfungen“ oder den Anforderungen des RWE-Lastvorteils. Für die Revisionen und den Austausch von insgesamt 372 Brennelementen in den zwei Blöcken habe man im Jahr 2007 rund 35 Millionen Euro (ohne die Brennstoffkosten) aufgewendet.

Laufende Schulungen

Bläsig verwies auf kontinuierliche Anlagenoptimierungen, vorausschauendes Alterungsmanagement, Modernisierungs- und vorbeugende Instandhaltungsmaßnahmen sowie auf die laufende Schulung von Technikern und Sicherheitskultur bei den Mitarbeitern und externen Dienstleistern. Allein hierfür würden jährlich zweistellige Millionenbeträge investiert. Dem Kernkraftwerk Gundremmingen werde ein Technikniveau gesichert, das keinen internationalen Vergleich zu scheuen brauche.

bes dieses Blockes anstehe. Diese Arbeiten, bei denen unter anderem die Öffnung der Turbine sowie die sehr aufwändige Druckprüfung des Reaktor-druckbehälters vorgesehen seien, würden über einen Monat in Anspruch nehmen. Im Herbst 2008 gebe es im Block C wieder einen turnusmäßigen Brennelementwechsel mit Kurzrevision. Bald darauf plane man die Beladung von sechs Castoren mit insgesamt 312 verbrauchten Brennelementen.

Leistungserhöhung

Das Bayerische Umweltministerium als Genehmigungsbehörde habe, so Bläsig, am 19. Dezember 2007 darüber informiert, dass das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zur thermischen Leistungserhöhung in den Blöcken B und C des Kernkraftwerkes Gundremmingen vor dem Abschluss stehe.

Nach umfassender Prüfung und Begutachtung sei die bayerische Genehmigungsbehörde zu dem Ergebnis gekommen, dass die atomrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen für eine thermische Reaktorleistungserhöhung um 4,2 Prozent vollständig vorlägen. Die Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit liege noch nicht vor. Zusammenfassend sprach Bläsig, mit der Registrierung der behördlichen Feststellung, dass die Sicherheit der Anlage weiterhin ohne Abstriche gegeben sei, von einem „besonders gelungenen Beispiel für Energieeffizienz“.

Fortschritte wurden gemeldet beim Ausbau des ehemaligen Maschinenhausbereiches in dem im Rückbau befindlichen Block

A zum „Technologiezentrum“. Dort würden bis zu 25 Mitarbeiter eine langfristige gesicherte Beschäftigung finden.

Internationale Anerkennung

Mit Genugtuung wurde vom Technischen Geschäftsführer auf die zum zweiten Mal in Gundremmingen durchgeführte internationale Inspektion durch ein so genanntes „WANO Peer Review“ hingewiesen, den Zusammenschluss aller Betreiber der derzeit weltweit 443 kommerziell betriebenen Kraftwerke mit Sitz in Paris. Von der wahrlich internationalen Gruppe, 20 Fachleuten aus 13 Anlagen in acht europäischen Staaten sowie den USA, seien dem Kernkraftwerk Gundremmingen „ein hervorragender technischer Zustand, ein hohes Maß an Verfügbarkeit und eine außergewöhnlich kompetente, engagierte und motivierte Mannschaft“ bescheinigt worden.

Herausgestellt wurde zudem, dass es in der „KiKK-Studie“ keinen Nachweis gebe für den Zusammenhang zwischen der von Kernkraftwerken verursachten Strahlung und Krebserkrankungen. Das Bundesumweltministerium habe festgestellt: „Die Strahlung der Kernkraftwerke müsste um mindestens das Tausendfache höher sein, um die beobachteten Auffälligkeiten zu erklären“.

Exponierter Arbeitgeber

Kaufmännischer Geschäftsführer Christoph Quick stellte seinerseits den besonderen Rang des Kernkraftwerkes Gundremmingen als Arbeitgeber heraus, mit einem fest angestellten Personalstamm von über 780 Mitarbeitern, einschließlich der Auszubildenden.

Neben den Mitarbeitern biete das Unternehmen 360 Kräften von Fremdfirmen dauerhaft Beschäftigung. Quick erläuterte: „Diese über 1.100 Menschen, die mit ihren Familien rund um das Kraftwerk in der Region wohnen, repräsentieren ein Kaufkraftvolumen von über 50 Millionen Euro.“ Anlässlich der beiden jährlichen Routinestillstände seien jeweils zusätzlich bis zu 2.000 Fachleute vor Ort, die mit ihrer Kaufkraft von etwa 3,5 Millionen Euro die regionale Wirtschaft belebten. Außerdem würden von dem Kraftwerk weitere rund 1.000 Arbeitsplätze in den Landkreisen Günzburg und Dillingen gesichert.

Die Region profitiert

Zu den positiven Auswirkungen des Kernkraftwerkes gehöre, dass sich in den letzten Jahrzehnten überregional und international arbeitende Firmen in der Region niedergelassen hätten. Jahr für Jahr gingen so über 80 Millionen Euro direkt über Löhne und Gehälter von Mitarbeitern und Fremdfirmenpersonal sowie in Form von Aufträgen und Abgaben des Unternehmens in die Region.

Christoph Quick verdeutlichte: „Über zwei Milliarden Euro haben wir bisher in den laufenden Betrieb der beiden Blöcke investiert. Auch in diesem Jahr sind finanzielle Aufwendungen von deutlich über 200 Millionen Euro geplant.“ -jdt-

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.

Alle 120 Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 21.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Heimat Allgäu:

Erdgas - Energie mit Zukunft

Erdgas besteht zu 80 % aus Wasserstoff und ist von allen fossilen Brennstoffen die Energie, mit den geringsten CO₂-Emissionen. Der TÜV Süddeutschland bestätigte in einem unabhängigen Gutachten: „Eine moderne Erdgasheizung stößt pro Jahr durchschnittlich 3 Tonnen weniger CO₂ aus“. Denn durch die optimale Energieausnutzung moderner Erdgas-Brennwerttechnik, wird der Brennstoffverbrauch gegenüber einer Ölheizung mit veralteter Technik um bis zu 40% reduziert.

Auch für viele Haushaltsgeräte ist Erdgas eine kostengünstige und umweltschonende Alternative zu anderen Energieträgern. Im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Energiesystem gewinnen erneuerbare Energien immer mehr an Bedeutung.

Eine Kombination von Erdgas und Solar bietet bei der Warmwasserbereitung interessante Perspektiven. Durch Nutzung von Sonnenenergie werden bis

zu 60% Energie eingespart.

Perspektiven

Mit einer Gas-Absorptionswärmepumpe kann, zusätzlich zur Primärenergie Erdgas, Wärme aus Luft, Wasser oder Erde als Energiequelle genutzt werden. Dies ermöglicht, gleichzeitig zu heizen und zu kühlen und dabei nur noch ca. die Hälfte der bisherigen Erdgasmenge zu ver-

brauchen. Den Rest liefert die Natur kostenlos.

Chance für Schwaben

Erdgas schwaben investiert gezielt in die Entwicklung von Bio-Erdgasanlagen um Klimaschutz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu verbinden. In der Kombination von Erdgas und nahezu CO₂-neutralem Bio-Erdgas liegt eine große Chance für Schwaben, denn hier vor Ort gibt es bereits alle Voraussetzungen um regenerative Energien nutzbar zu machen: Die landwirtschaftlichen Flächen, das Know-how der Landwirte, das Erdgasnetz, und die Technik aus

Bio-Rohgas Bio-Erdgas zu machen, das qualitativ dem Erdgas gleichkommt, und somit als Energie die gleichen Einsatzmöglichkeiten bietet.

„Bis zum Jahr 2020 können in Bayerisch-Schwaben mit Bio-Erdgas, Bio-Wärme und der Förderung von energiesparender und innovativer Anwendungstechnik etwa 30 % des heutigen Erdgas-Verbrauchs ersetzt werden.“, erläutert Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben. „Damit fördern wir eine der weltweit wirkungsvollsten Klimaschutzmaßnahmen. Statt in der Importabhängigkeit von Russland liegt die Zukunft darin, möglichst viel Energie z.B. mithilfe von Bio-Erdgas in der eigenen Region zu erzeugen.“ Und Markus Kittl, technischer Geschäftsführer bei erdgas schwaben, fügt an: „Umweltschonende Energie erhält unseren Kindern und Enkeln eine intakte Heimat.“ □

„Best Natur“ in Bamberg:

Stadtwerke sorgen für Ökostrom

Ausschließlich reinen Ökostrom wird die Stadt Bamberg künftig beziehen. In zwei Schritten stellt die Kommune ihren Vertrag mit den Stadtwerken Bamberg auf deren neues Angebot „Best Natur“ um. „Wir möchten damit unserer besonderen ökologischen Verantwortung gerecht werden“, begründete Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke diese Entscheidung, „und wir hoffen auf viele Nachahmer unter den Haushalten und Betrieben in unserer Stadt.“

Bereits seit 1. Januar 2008 beziehen alle städtischen Schulen Ökostrom. Zum 1. April 2008 folgen die übrigen Liegenschaften der Stadt Bamberg. Die dadurch entstehenden Mehrkosten seien gut angelegtes Geld, so Starke, „denn mit „Best Natur“ erhalten wir Strom, der ausschließlich aus der erneuerbaren Quelle Wasserkraft stammt“. Das bedeute zum einen Schonung der wertvollen fossilen Brennstoffe und zum anderen eine Entlastung des Klimas. Konkret wird die Stadt Bamberg dank der Umstellung auf Ökostrom der Atmosphäre etwa 2700 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ersparen.

Vorbildfunktion

Die Stadtwerke Bamberg selbst decken ihren Eigenbedarf seit 1. Januar 2008 aus dem Best-Natur-Kontingent. „Für uns ist es selbstverständlich, so umwelt- und klimaverträglich wie möglich zu wirtschaften“, erläutert Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach. Schließlich habe ein Energieversorger ähnlich wie eine Kommune eine Vorbildfunktion, „die wir gerne erfüllen“.

Wer „Best Natur“ ordert, erhält CO₂-frei erzeugten Strom aus süddeutschen Wasserkraftwerken. Andere schädliche Emissionen entstehen bei der alternativen Verstromung nur in sehr geringem Ausmaß. Ein Zertifikat des TÜV Süddeutschland garantiert, dass tatsächlich die dem Verbrauch der Best-Natur-Kunden entsprechende Menge

Strom in Wasserkraftwerken produziert wird. Steigt also die Nachfrage nach Best Natur, nimmt auch der Anteil des Ökostroms im Strommix zu. Das von den Stadtwerken Bamberg gekaufte Kontingent an Wasserkraft-Strom reicht für die Belieferung von etwa 1.400 Haushalten, wobei eine Nachbestellung Rubach zufolge jederzeit möglich ist.

Gegenüber dem Grundversorgungspreis betragen die Mehrkosten für Best Natur 0,5 Cent pro Kilowattstunde. Das entspricht bei einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden pro Jahr zusätzlichen Kosten von weniger als 1,50 Euro pro Monat oder lediglich 17,50 Euro pro Jahr. Best Natur koste etwas mehr als der normale „graue“ Strom, weil er im Einkauf teurer ist, so Jürgen Dühorn vom Vertrieb der Stadtwerke Bamberg. „Doch dafür braucht sich der Bezieher beim Radiohören, Fernsehen und Einschalten des Lichts keine Gedanken mehr über eine Klimabelastung zu machen, denn die ist gleich Null.“

Kunden, die noch mehr für die Umwelt tun möchten, empfiehlt Dühorn das Stromprodukt „Best Natur Premium“. Bei diesem wird ebenfalls 100 Prozent Wasserkraft-Strom geliefert, doch der Aufschlag ist mit 4 Cent pro Kilowattstunde höher als bei „Best Natur“. Die Differenz von 3,5 Cent pro Kilowattstunde fließt in einen Fonds, mit dem die Stadtwerke Bamberg den Bau neuer Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung in der Region fördern. **DK**

Bayern setzt BHKW-Förderung fort

Für den Bau von Biomasseheizwerken können ab sofort wieder Förderanträge gestellt werden. Das hat Landwirtschaftsminister Josef Miller in München mitgeteilt. Seinen Angaben zufolge sind nach dem Auslaufen der alten Förderrichtlinie zum Ende des vergangenen Jahres nun wieder die Voraussetzungen für eine finanzielle Unterstützung durch den Freistaat gegeben.

„Wir setzen damit unsere erfolgreiche Strategie der Energienutzung aus nachwachsenden Rohstoffen fort“, so der Minister. Wie in den vergangenen Jahren fördert der Freistaat Biomasseheizwerke ab einem Jah-

resenergiebedarf von 500 Megawattstunden, was einem Heizölverbrauch von mindestens 50 000 Litern im Jahr entspricht. Der Förderzeitraum läuft laut Miller bis Ende 2010. Anträge können beim Technologie- und Förderzentrum in Straubing eingereicht werden.

Spitzenstellung

Biomasseheizwerke werden nach Aussage des Ministers mit naturbelassenem Wald- und Restholz befeuert, das bei Waldpflege und Ernte anfällt. Das Holz wird dabei der Verrottung entzogen, bei der ebensoviel Kohlendioxid freigesetzt wird wie bei der Energienutzung. Der Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch in Bayern liegt bei rund fünf Prozent. Damit nimmt der Freistaat deutschlandweit eine Spitzenstellung ein. Vor allem im Privatwald steckt laut Miller noch ein erhebliches Potenzial. Der Mobilisierung dieser Reserven durch die Forstbetriebsgemeinschaften komme daher große Bedeutung bei. Durch Biomasse werden in Bayern jährlich rund sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart. □

Schufften für's Benzin oder clever fahren und sparen?

Fahrsimulator auf dem Stand von erdgas schwaben bei der WIR in Dillingen

Am Stand von erdgas schwaben in Halle E konnten Besucher der Wirtschafts-, Informations- und Regionalausstellung WIR in Dillingen Anfang März an einem Fahrsimulator testen, wie sparsam ihr Fahrstil ist.

Täglich testen und täglich gewinnen! Alle mit Führerschein Klasse B konnten mitmachen und täglich ein Fahrsicherheitstraining beim ADAC gewinnen. Am Ende der Messe wurde unter allen Tagessiegern ein 2-tägiger Intensivkurs Fahrsicherheit des ADAC verlost.

Für alle, die mehr Appetit auf Feinschmeckerküche vom Gasherd bekamen, gab es das Gewinnspiel von erdgas schwaben: Wer die Fragen auf der Rückseite der Eintrittskarte richtig beantwortete, gewann mit ein bisschen Glück eines von drei Gourmet-Menüs für zwei Personen oder einen von 20 weiteren attraktiven Preisen. □

Preisgarantie bei erdgas schwaben:

Keine Erhöhung bis Ende September

„erdgas schwaben garantiert seinen Kunden: Wir werden unsere Preise über einen längeren Zeitraum - mindestens bis zum 30. September 2008 - nicht weiter erhöhen. Sollten sich dagegen unsere Bezugskosten verringern, so werden wir dies sofort zu 100 % an unsere Kunden weitergeben“, so Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben gmbh Ende November 2007.

Dietmayer: „Meine Einschätzung der Marktlage letzten Jahres ist eingetreten: Die Bezugskosten für Erdgas sind zum 1. April 2008 nochmals deutlich gestiegen. Alle deutschen Gasversorger, die nicht ehrlicherweise bereits im Januar ihre Preise angehoben haben, müssen jetzt erhöhen. Wir werden das nicht tun!“

Die Preisschwankungen auf dem Energieweltmarkt werden noch zunehmen. erdgas schwaben hat hier frühzeitig die Weichen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gestellt: „Unser erklärtes Ziel ist es, mit Dämmen, Energieeffizienz und nachwachsenden Rohstoffen bis zu 30 % der Erdgas-Importe zu ersetzen“, so Dietmayer. „Wir gehen konsequent weiter auf dem Weg, eine heimische Energieversorgung bis 2020 aufzubauen. Weg vom Russengas. Bioerdgas und nachwachsende Rohstoffe sind unser Weg in die Zukunft.“ □

Bio-Erdgas:

Energietechnologie aus Essen für Schwaben

Herzstück der Energiewandlungskette von Biomasse zu Bio-Erdgas durch Carbotech ausgeliefert

Nach dem offiziellen Spatenstich im Mai letzten Jahres wurde vor kurzem die Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlage durch den Essener Anlagenbauer Carbotech Engineering für die erdgas schwaben gmbh auf dem Grundstück der Biogasanlage Graben (bei Augsburg) angeliefert.

Damit wird in Deutschland die sechste Anlage des Essener Technologieunternehmens, die Biogas zu Bio-Erdgas aufbereitet und ins Erdgasnetz einspeist, geliefert. Vorreiter waren Ende 2006 die Projekte in Pliening bei München mit der Aufwind Schrack und in Straelen mit den Stadtwerken Aachen. Im August 2007 ging die dritte Aufbereitungsanlage in Werlte mit der EWE AG ans Netz. Kurz vor Weihnachten 2007 peiste die vierte Anlage der Stadtwerke Mühlacker in Mühlacker ins Netz ein. Das Projekt in Schwandorf mit der Schrack Biogas AG und der E.ON Bayern wird in Kürze die Netzeinspeisung aufnehmen.

Grabener Anlage

Die Anlage in Graben, die ca. 8,5 Mio. m³ Bio-Erdgas produziert, wird mit Biogas erzeugt, aus nachwachsenden Rohstoffen (NaWaRo) wie Mais, Gras und Getreide betrieben und soll im März die Netzeinspeisung aufnehmen. Bei Vollaustattung deckt die Biogasanlage über die angeschlossenen dezentralen KWK-Anlagen den Wärmebedarf von mehr als 2.000 Einfamilienhäusern und ist damit ein Vorbild in der Wärmenutzung. Die Grabener Anlage wird

13.400 Tonnen pro Jahr CO₂ einsparen.

Denkbar einfache Aufbereitung

Die Aufbereitung von Biogas zu Bio-Erdgas nach dem Carbotech-Verfahren ist denkbar einfach: Das Biogas wird verdichtet und zunächst katalytisch über Aktivkohle von Schwefelwasserstoff befreit. Danach gelangt das so konditionierte Biogas in die sogenannte Druckwechseladsorptionsanlage, die die weiteren Verunreinigungen (CO₂, H₂O etc.) sicher und dauerhaft eliminiert.

Adsorptionsverfahren

Das Druckwechseladsorptionsverfahren zur Aufbereitung von Biogas hat sich als das effizienteste und zuverlässigste Verfahren herausgestellt. Bereits seit über 20 Jahren werden hiermit auch große Biogasströme zu Erdgasqualität aufbereitet und auch ins Erdgasnetz eingespeist (u.a. in der Schweiz, in Schweden, in Norwegen, in den Niederlanden und in Österreich).

Innerhalb der nächsten 12 Monate werden weitere 6 Anlagen der Carbotech die Netzeinspeisung aufnehmen. □



Bio-Erdgas
nachwachsende Energie
aus unserer Heimat

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- rund um die Uhr verfügbar

erdgas schwaben gmbh
Bayerstraße 43
86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Unsere Energie wird Bio

E.ON Bayern AG und AR Recycling GmbH:

Weichenstellung für 50-Millionen-Projekt

Kooperationsvertrag über Nutzung der Geothermie und Bau eines Biomasse-Heizwerks unterzeichnet

Der Realisierung des Garchinger Geothermie-Projekts steht jetzt nichts mehr im Weg: Bei einem Notartermin brachten Daniel Klotz, Geschäftsführer der AR Recycling GmbH, und Dr. Bruno Schiebelsberger, Geschäftsführer der E.ON Bayern Wärme GmbH, mit ihren Unterschriften das 50-Millionen-Projekt auf den Weg.

Als Gesellschafter an der Energie-Wende-Garching GmbH & Co. KG sowie an der Komplementärgesellschaft Energie-Wende-Garching Verwaltungs-GmbH (EWG), sind jetzt mehrheitlich die Firma AR Recycling GmbH mit 75,5 Prozent und E.ON Bayern AG mit 24,5 Prozent beteiligt. Die Stadt Garching hat sich als Folge eines Stadtratsbeschlusses von Ende Januar vorerst nicht an der EWG beteiligt.

Kompetenter Partner

Wie Daniel Klotz bei der Vertragsunterzeichnung ausführte, schätze sich die EWG glücklich, bei diesem zukunftsweisenden Projekt mit der E.ON Bayern AG einen kompetenten Partner im Boot zu haben, der über eine umfangreiche Erfahrung bei der Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen und dem Aufbau und Betrieb von Fernwärmenetzen verfüge.

„Mast-EKG“ für sichere Straßenbeleuchtung

Lichtmasten müssen wie Signalanlagen, Flutlichtmasten und Verkehrszeichen einer Vielzahl von Belastungen Stand halten: Sturm, Schnee, Eis, Salz, Vandalismus und nicht zu vergessen der regelmäßige „Besuch“ verschiedener Hunde. Dies zehrt an der Substanz der Masten, besonders 20 Zentimeter über und 20 Zentimeter unter der Erdoberfläche.

E.ON Bayern ist in fast allen der von ihr mit Strom versorgten Kommunen auch für den Betrieb und die Wartung der Straßenbeleuchtung zuständig. Der Energiedienstleister lässt daher stichprobenartig jedes Jahr die Standsicherheit der Straßenbeleuchtungsmaste durch eine Fachfirma überprüfen. Hierdurch wird gewährleistet, dass von der Anlage keine Gefährdungen ausgehen.

Routineprüfungen

Auch im Bereich des Kundencenters Altdorf wurden in den letzten Tagen Routineprüfungen an über 170 Masten in Aufhausen, Schierling, Pfakofen, Riekofen, Pfeffenhausen und Rottenburg durchgeführt. Bei der Begutachtung der Maste verlässt man sich nicht mehr auf den Augenschein oder den Hammer Schlag, sondern auf ein innovatives Verfahren, das unter Berücksichtigung verschiedener DIN-Normen exakte, technische Messdaten liefert.

Mit einem hoch entwickelten Prüfgerät wird Mast für Mast ein Belastungsdiagramm erstellt (Kraft-Weg-Diagramm). Hierfür wird der Mast einer Zug- und Druckkraft ausgesetzt, die einem Vielfachen der Windlast entspricht. Das so genannte „Mast-EKG“ spürt eventuelle Schwachstellen von Mast oder Fundament auf und dokumentiert diese. Je nach Befund werden dann weitere Maßnahmen eingeleitet. □

Unternehmensphilosophie

Dr. Bruno Schiebelsberger hob hervor, dass es zur Unternehmensphilosophie des Energiedienstleisters gehöre, regionale Partnerschaften einzugehen, wo immer sich das sinnvoll und zum Nutzen beider Partner anbiete. Er freue sich insbesondere,

dass man im Falle der AR Recycling GmbH, mit der man bereits als Zulieferer für das Biomasse-Heizkraftwerk in Zolling zusammenarbeite, eine neue, noch intensivere Art der Kooperation gefunden habe. Das Projekt in Garching enthalte neben wirtschaftlichen Chancen auch einen starken ökologischen Aspekt, denn das jährliche CO₂-Einsparvolumen wird bis zu 70.000 Tonnen betragen.

Im Rahmen des Geothermie-Projektes zum Aufbau einer Fernwärmeversorgung auf rege-

nerativer Basis für die Stadt Garching werden in der ersten Phase rund 46 Millionen Euro in zwei geothermische Bohrungen, eine Geothermie-Heizzentrale zur Aufbereitung und Verteilung des Warmwassers, ein Biomasse-Heizwerk und zwei Fernwärmenetze für die Siedlungsgebiete Garching und Hochbrück investiert. Das Siedlungsgebiet Garching wird überwiegend durch die geothermische Energie versorgt.

Endausbau

Abhängig von der Entwicklung des Wärmebedarfs könnte in einer zweiten Phase mit der Errichtung eines Biomasse-Heizkraftwerks und dem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes nochmals die gleiche Summe investiert werden. Zur Lieferung der Fernwärme an die Endverbraucher werden sukzessive unterirdische Trassen verlegt. Im

Endausbau wird die Gesamtlänge ca. 40 km umfassen. Die gesamte installierte Wärmeleistung einschließlich Biomasse-Heizwerk wird in der ersten Phase rund 32 Megawatt (MW) betragen, wozu die Geothermie rund 62 Prozent beisteuern wird; die jährliche Wärmeerzeugung wird bei 130 Millionen Kilowattstunden (kWh) liegen.

Projektpräsentation

Die EWG wird das Projekt in weiteren Informationsblättern präsentieren, die alle Garchinger Bürger in der nächsten Zeit erhalten werden. Darin werden alle Haus- und Wohnungseigentümer ausführlich über die Anschlussstermine, technische Voraussetzungen und die Preisgestaltung informiert.

Anfang März wird die EWG mit der ersten Bohrung nördlich der Speicherbibliothek an der Ludwig-Prandtl-Straße begin-

nen; die Bohrtiefe beträgt 2.100 m. Im Anschluss daran erfolgt die zweite Bohrung in der Nähe des Hüterweges. Aus wirtschaftlichen Gründen ist das Bohren rund um die Uhr notwendig. Die EWG wird alles tun, um die Lärmbelastungen für die umliegenden Wohnungen so gering als möglich zu halten (Erdwall, Lärmschutzwand).

Geplantes Biomasse-Heizkraftwerk

In Phase 1 wird die Wärme mit einer Geothermie-Anlage in Kombination mit einer innovativen Wärmepumpe und dem Biomasse-Heizwerk erzeugt. In der Phase 2 ist zusätzlich ein Biomasse-Heizkraftwerk geplant. Dieses wird gemäß dem Rahmen des Erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) betrieben und daher werden auch die Vorgaben der Biomasse-Verordnung eingehalten. □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und liebt wie E.ON Bayern unsere Region!

Seit mehr als 100 Jahren liefern wir den Menschen in Bayern Strom, Erdgas und Wärme – an 365 Tagen im Jahr, 24 Stunden täglich. Wir engagieren uns für die Region und sind für alle Fragen rund um das Thema Energie gerne für Sie da.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern



Aktiv auf allen Ebenen der Erdgas-Beschaffung

Unser Erfolg als Beschaffungsplattform für Erdgas hat viele Gründe. Wir engagieren uns auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette Erdgas.

Ob Up-, Mid-, oder Down-Stream – wir geben unser Bestes um das Optimum für unsere Kunden und Partner zu erreichen. Versprochen.

Know-how und Erfahrung im Dienste des Kunden.



bayerngas
Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de

Bayerngas im Geschäftsjahr 2007:

Position weiter ausgebaut

Risikominimierung für Partner durch Bündelungseffekte
Bedeutung von Trading zur Portfoliooptimierung nimmt zu

Die Gas-Beschaffungsplattform Bayerngas hat im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 64,2 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Gas an ihre Kunden und Gesellschafter abgegeben. Der Absatz liegt aufgrund der im historischen Vergleich außergewöhnlich milden Witterung um rund 4,0 Prozent unter Vorjahresniveau. Dem Rückgang im Wärmemarkt steht ein konstanter Absatz von 8,1 Mrd. kWh im Industriekundenbereich entgegen. Trotz des intensiven Wettbewerbs um kommunale Versorger und Industriekunden hat die Bayerngas ihre Position weiter ausbauen können.

Als zentrale Aufgabe für 2008 bezeichnet die Bayerngas die zeitnahe Anpassung ihres Gas-Portfoliomanagement an die sich ständig ändernden Markterfordernisse bei gleichzeitiger Integration der neuen Prozesse, die aus dem Zweivertragsmodell erwachsen sind. Über das Portfoliomanagement steuert Bayerngas ihre diversifizierte Erdgasbeschaffung, die sich aus Verträgen mit Importeuren, Verträgen mit Produzenten, Trading-Geschäften und künftig auch aus dem Bezug von Equity Gas (Gas aus Eigenproduktion) zusammensetzt.

Da mit den neuen Chancen im Gasmarkt auch neue Risiken entstehen, sieht die Gas-Beschaffungsplattform ihre Aufgabe

auch in der Risikominimierung für ihre Partner. Durch die Bündelungseffekte eines großen Portfolios lassen sich Risiken dämpfen.

Minimierung der Risiken

Risiken entstehen durch: Preisvolatilitäten im Spotmarkt, die Notwendigkeit zur Beschaffung teurer Ausgleichsenergie oder Take-or-Pay-Verträge bei überdurchschnittlich warmer Witterung. Durch die Aggregation der Mengen in ihrem Bilanzkreis in Verbindung mit einem professionellen Prognose- und Bilanzkreismanagement übernimmt Bayerngas diese für ein einzelnes Stadtwerk erheblichen Risiken und minimiert sie.

Bei der Portfoliooptimierung gewinnen Gas-Trading und Preisabsicherungsgeschäfte zunehmend an Bedeutung für die Bayerngas. Die OTC- und Börsengeschäfte werden vom Tradingfloor actogas GmbH, einem Gemeinschaftsunternehmen der Bayerngas GmbH (60 %) und der citiworks AG (40 %), durchgeführt. Die actogas tätigt für die Bayerngas OTC-Geschäfte an Hubs, virtuellen Handelspunkten sowie Importpunkten in Deutschland und im Ausland. Ergänzend dazu handelt die Tradinggesellschaft an der Gasbörse EEX (EGT) und am TTF (Endex). Preisabsicherungsgeschäfte mit Öl werden u.a. auch über die New Yorker Energiebörse, NYMEX, abgewickelt.

Die actogas verfügt über ein für den Handelsmarkt notwendiges kritisches Geschäftsvolumen und ist seit Januar 2008 einer der fünf bedeutendsten Händler sowohl am Spot- als auch Terminmarkt der EEX. Grundlage ihres Tradinggeschäfts ist eine permanente gesamteuropäische Marktanalyse. □

Energiepreis des Landkreises München:

Signale und Visionen

In Ismaning hat der Münchner Landrat Heiner Janik erstmalig den Energiepreis des Landkreises überreicht. Bis zum Bewerbungsschluss am 1. September vergangenen Jahres waren beim Landratsamt insgesamt 43 Bewerbungen eingegangen.

In der Kategorie Gewerbe ging der Energiepreis 2007 an die Geothermie Unterschleißheim AG. Landrat Janik lobte die Pionierleistung der Stadt Unterschleißheim und ihre Risikobereitschaft. Die neue Bohrtechnik kam hier erstmals zum Einsatz. Nach geglückter Bohrung stellt Unterschleißheim als erste Kommune im Landkreis München seit 2003 über ein gut ausgebauten Fernheiznetz den Bürgern und Einrichtungen die Geothermie als Wärmequelle zur Verfügung. In Unterschleißheim konnten durch die Geothermie bereits 8.300 Tonnen CO₂ eingespart werden. Nach dem Endausbau kommen pro Jahr noch weitere 1.500 Tonnen hinzu.

Anerkennung für Ismaning

Eine Anerkennung in der Kategorie Gewerbe erhielten die Gemeinde Ismaning und die Baugesellschaft München-Land. Durch zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen Energieeinsparung, Energienutzung und Energieversorgung versucht die Kommune, große Mengen an CO₂ in ihrem Gemeindegebiet einzusparen. Als Beispiele sind das erfolgreiche Förderprogramm Energie, die Umrüstung der gemeindlichen Gebäude auf eine umweltfreundliche Heizanlage, die Senkung des Energieverbrauchs der gemeindlichen Gebäude um ca. 25% sowie eine neue Hackschnitzelheizanlage im Bauhof zu nennen.

Zudem übernahmen die Gemeinde bzw. die Gemeindewerke das Stromnetz. 2007 waren sie billigster Tarifanbieter in Bayern für Strom. Mit einer ganzen Liste von Aktivitäten konnten eindrucksvolle Erfolge erzielt werden, von weiteren Solar- und Photovoltaik-Anlagen über zwei Hackschnitzelanlagen und Pelletsheizungen bis zum Energienutzungsplan als wegweisendes Modell.

Die Baugesellschaft München-Land wiederum hat im Sommer 2006 viele Maßnahmen zur energetischen Sanierung in

einem Teil der Wohngebäude an der Fasanenstraße in Unterhaching umgesetzt und parallel dazu die Heizwärmeversorgung auf Geothermie umgestellt. Auf Grund dieser Maßnahmen wurde das Neubau-Niveau nach Energieeinsparverordnung erreicht. Durch Wärmedämmmaßnahmen und Umstellung der Heizanlage auf Geothermie-Fernheizung konnte für die gesamte Wohnanlage eine CO₂-Einsparung von 180 t/a erreicht werden. Der nach der Modernisierung ausgestellte Energiepass weist für die Häuser einen äußerst geringen Primärenergiebedarf von 17 kWh / m²/a aus, der nahezu einem Passivhausstandard entspricht.

Den Energiepreis 2007 in der Kategorie Haushalt erhielten Sigrid und Volker Ladig aus Gräfelfing. Das Ehepaar hat in einem alten Haus, Baujahr 1923, seit langer Zeit viele erfolgreiche

Maßnahmen zur Energieeinsparung umgesetzt und tut dies weiterhin. Darüber hinaus wird im gesamten Haus- und Gartenbereich Umweltschutz konsequent umgesetzt. Familie Ladig kaufte ferner 20 Anteile der Photovoltaikanlage auf dem Kurt-Huber-Gymnasium. Eine Anerkennung in der Kategorie Haushalt erhielten Thomas Merz aus Deisenhofen und Familie Sgoff aus Unterföhring.

Geldbeutel wird geschont

Mit dem neu geschaffenen Energiepreis will der Landkreis laut Janik folgende deutliche Signale an eine breite Öffentlichkeit senden: Energieeinsparung und effiziente Energienutzung sind machbar; sie schonen Umwelt und Geldbeutel; die Vision einer nachhaltigen Energienutzung ist nur realisierbar, wenn viele Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung mitwirken.

Auch 2008 wird der Energiepreis des Landkreises wieder ausgeschrieben. **DK**

Erweiterung der Upstream-Aktivitäten in Norwegen

Bayerngas Norge erhält Zuschlag für Explorationslizenz

Nach dem Erwerb von Lizenzen mit bereits nachgewiesenen Gasfunden über den Sekundärmarkt hat die Bayerngas Norge jetzt den Zuschlag für eine Explorationslizenz auf dem norwegischen Kontinentalschelf direkt vom Staat erhalten. Die Vergabe erfolgte durch das norwegische Ministerium für Öl und Energie im Rahmen der jährlichen APA-Runden (Awards in Predefined Areas). Damit hat die Bayerngas zusammen mit den Stadtwerken München, der Swissgas und der TIGAS ihre Upstream-Aktivitäten ausgedehnt.

Die Lizenz PL470 mit dem Haupt-Prospekt „Cearus“ liegt in der Norwegischen See nördlich von Kristiansund. Bayerngas Norge teilt sich die Explorationsrechte mit Centrica (Betriebsführer) zu gleichen Teilen. Die Unternehmen haben damit das Recht und die Pflicht, den definierten Sektor auf Gas- bzw. Ölfunde hin zu untersuchen. Statistisch betrachtet ist im weltweiten Durchschnitt jede vierte Explorationsbohrung fruchtig.

Die Bayerngas Norge hat sich erstmals an einer APA-Runde beteiligt. Dass sie bereits bei der ersten Teilnahme und darüber hinaus noch für die angestrebte Lizenz einen Zuschlag erhielt, ist ein Erfolg. Das Unternehmen wird sich auch an zukünftigen Lizenz-Runden beteiligen, mit dem Ziel, mittelfristig über ein breites Portfolio aus Explorationslizenzen, Gasfunden und Gasfeldern zu verfügen. □

Zuverlässige Wärme für kluge Köpfe im Klassenzimmer

Wärme-Contracting: alternatives Modernisierungskonzept für kommunale Heizungsanlagen - Beispiel Weilheim

Von der Umstellung auf die neue Wärmeversorgung haben die rund 2.500 Schüler des Weilheimer Gymnasiums und der Realschule wenig mitbekommen. Und auch die Gäste des angegliederten Schwimmbades baden wie gewohnt bei 27 Grad Beckentemperatur. Wärme-Contracting heißt das Stichwort, auf das die Kommune Weilheim bei der Versorgung des 38.500 Quadratmeter großen Gebäudekomplexes schon seit vier Jahren erfolgreich setzt.

Beim Wärme-Contracting im Weilheimer Schulzentrum kommt die Energie zwar immer noch aus dem schuleigenen Heizungsraum. Eigentümer der Heizungsanlage ist jedoch die ESB-Wärme, eine Tochtergesellschaft des Erdgasversorgers Erdgas Südbayern GmbH.

Monatlicher Wärmepreis

Der Wärmedienstleister hat im Rahmen eines Contracting-Vertrages die gesamte Anlage modernisiert und finanziert. Gleichzeitig ist er für Betriebsführung, Wartung und Energielieferung verantwortlich. Im Gegenzug zahlt die Stadt einen monatlichen Wärmepreis in dem sowohl die Energiekosten als auch die Aufwendungen für Abschreibung oder Instandhaltung enthalten sind.

Zufriedene Stadtkämmerer

Ein Schritt, der sich seit dem Contracting-Start für die Weilheimer Stadtkämmerer rechnet. Das Fazit nach vier Jahren Betrieb lautet: Mit der neuen Wär-

meversorgung liegt der Energieverbrauch rund ein Viertel unter der Alt-Anlage. Und da moderne Blockheizkraftwerk-Technik zum Einsatz kommt, wird gleichzeitig Strom erzeugt, den die Stadt über die gesamte Vertragsdauer von 15 Jahren zu einem konstanten Tarif bezieht.

Sparsame Heizungstechnik senkt CO₂-Ausstoß um 480 Tonnen

Zusammen mit vier Erdgas-Brennwert- und Niedertemperaturkesseln werden jährlich 4.300 Megawattstunden (MWh) Wärme und 670 MWh Strom produziert. Dies entspricht in etwa dem jährlichen Wärmeverbrauch von 250 Einfamilienhäusern und dem Strombedarf von 110 Vier-Personen-Haushalten.

Ein hocheffizientes Erdgas-BHKW und moderne Heizkessel, die im Wirkungsgradoptimum laufen, sorgen im Weilheimer Schulzentrum nicht nur dafür, dass deutlich weniger Energie verbraucht wird, sondern auch weniger CO₂ in die Luft gelangt. Im Gegensatz zur Alt-Anlage sind die Emissionen um

40 Prozent gesunken. Auf das Jahr gerechnet, spart die Stadt Weilheim im Schnitt rund 480 Tonnen CO₂ ein.

Höherer finanzieller Freiraum für kommunale Investitionen

„Für unser Schul- und Sportzentrum war die Entscheidung zum Wärme-Contracting eine sinnvolle Lösung. So konnte die

Wichtigste Bestandteile eines Contracting-Vertrags

- Vertragsgegenstand (angestrebtes Contracting-Ziel)
- Pflichten von Contractor und Kunde
- Vergütung des Contractors
- Eigentumsfragen (zum Beispiel Grunddienstbarkeit)
- Haftung
- Gewährleistung
- Vertragslaufzeit und Kündigungsrecht
- Rechtsnachfolge (z.B. bei Veräußerung des Objektes)
- Weitere Regelungen (z.B. Zutrittsrechte, Personalübernahme, Billigkeitsklauseln) □

Kommune den hohen Investitionsdruck, der bei einer Modernisierung in dieser Größenordnung entsteht, gleichmäßig verteilen. Für weitere kommunale Investitionen bleibt mehr Spielraum“, resümiert der Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau, Luitpold Braun. „Gleichzeitig sorgt sparsame Technik dafür, dass sich die Energiebilanz eines öffentlichen Gebäudes deutlich verbessert“, so Braun weiter.

So wird Wärme-Contracting zum Erfolg

Was in der Industrie schon lange üblich ist, nämlich die Auslagerung von Aufgaben an externe Dienstleister, gewinnt zunehmend auch bei der Wärme- oder Stromversorgung öffentlicher

Gebäude an Bedeutung. „Wärme-Contracting ist besonders für den kommunalen Sektor eine intelligente Lösung. Städte und Gemeinden können damit von wirtschaftlich sinnvoller Heizungs- und Anlagentechnik ohne eigene Finanzmittel profitieren. Denn nicht immer ist es einfach, eine dringend anstehende Modernisierung auch mit dem Haushalt zu vereinbaren“, erklärt Martin Heun, Geschäftsführer der ESB-Wärme.

Klare Festlegungen im Vorfeld

Entscheidend für ein erfolgreiches Wärme-Contracting ist, dass bereits im Vorfeld Rahmenbedingungen und Aufgabenverteilung klar festgelegt werden: Soll bestehendes Personal mit in die Betriebsführung eingebunden werden? Welche Einsparungen sind zu erwarten? Ist ein BHKW in dem Gebäude sinnvoll? Was ist, wenn sich die Gebäudenutzung ändert und - wie in einer Schule - auch Abendkurse angeboten werden?

Augenmerk auf detaillierte Beratung

„Contracting funktioniert nur dann optimal, wenn eine echte Energiepartnerschaft existiert. Wir setzen von Anfang an auf detaillierte Beratung, damit beide Parteien gleichermaßen von den Vorteilen profitieren können“, erläutert Martin Heun. „Im Klartext heißt dies: Je weniger Energie unsere Anlagen verbrauchen und umso störungsfreier sie laufen, desto rentabler ist das Geschäft für uns. Und das rechnet sich für unsere Kunden genauso wie für die Umwelt. Dies ist auch der Grund, warum der Einsatz hocheffizienter Technik und regelmäßige Wartung für erfolgreiches Contracting entscheidend ist“, so Martin Heun weiter.

Wärme- und Stromerzeugung mit Erdgas-BHKW

Blockheizkraftwerke funktionieren nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung und erzeugen auf diese Weise besonders effizient Wärme und Elektrizität. Ein Teil des neuen Energiekonzeptes für das Schulzen-

Landkreis Regensburg:

Einstieg in neue Energiepolitik

„Biogas-Entwicklungsgesellschaft mbH“ notariell beurkundet - Erste Gesellschafter sind Landkreis Regensburg und Markt Kallmünz

„Es war ein langer Weg, den wir mit dem heutigen Tage noch nicht beendet haben. Aber mit der Gründung der Grundstücksgesellschaft ‚Biogas-Entwicklungsgesellschaft mbH‘ ist nun ein Punkt erreicht, den man durchaus als Einstieg in eine neue Energiepolitik des Landkreises Regensburg bezeichnen kann“, konnte der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth bei der notariellen Beurkundung des Gesellschaftsvertrages im Landratsamt verkünden.

Wenige, dafür aber größere Biogasanlagen errichten

Mirbeth zufolge „ist es mit dieser Gesellschaft uns nun möglich, genehmigungsfähige Standorte für Biogasanlagen zu beschaffen, zu entwickeln und anschließend an die Betreiber von Biogasanlagen weiterzuverpachten“. Ziel sei es, im Landkreis Regensburg wenige, dafür aber größere Biogasanlagen zu errichten, die dann auch wirtschaftlich betrieben werden können. An der Beurkundung nahm neben Landrat Mirbeth auch der 1. Bürgermeister des Marktes Kallmünz, Siegfried Bauer, teil. In dessen Gemeinde soll die erste Biogasanlage realisiert werden.

Wie Mirbeth abschließend betonte, sieht das Konzept vor, dass jede Gemeinde, in dessen Gebiet eine Biogasanlage errichtet wird, als Gesellschafter in die Biogas-Entwicklungsgesellschaft mbH aufgenommen wird. „Wir stellen damit sicher, dass der kommunalpolitische Einfluss bei den Standortfragen gewahrt ist und die Belange des Landkreises und der Gemeinden aus einer starken Position heraus vertreten werden können.“ **DK**



Wärme-Contracting als sinnvolle Lösung für das Weilheimer Schulzentrum. □

trum beruht daher auch auf dem Einsatz eines erdgasbetriebenen BHKW, das in der Heizzentrale des Schwimmbades installiert ist. Bei einem Nutzungsgrad von rund 97 Prozent arbeitet die Anlage hocheffizient und produziert mehr als ein Viertel der benötigten Wärmemenge für den gesamten Gebäudekomplex. □



Klimaschutz durch Kohlendioxideinsparung beim neuen Biomasseheizkraftwerk in Günzburg. Text und Bild: Hans Joas

Günzburg mit neuem Biomasseheizkraftwerk

Josef Miller, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, gab den offiziellen Startschuss für ein neues Holzheizwerk zur Wärmeversorgung von Gebäuden der Stadt und des Landkreises Günzburg. Zur Abgasreinigung wurde es mit einer hocheffizienten Gewebefilteranlage ausgestattet. Die Technologie und Produktion stammt aus dem Landkreis von der BWF-Group in Offingen. Die Messwerte waren so gering, dass sie auf der Messkala gar nicht angezeigt wurden.

Über ein 1,7 Kilometer langes Netz werden jährlich 5,3 Millionen Kilowattstunden Wärme geliefert. Davon stammen mindestens 80 Prozent aus dem neu errichteten Holzessel, der eine Leistung von rund 900 kW aufweist. Die restliche Wärmemenge wird aus einer Ölkesselanlage bereitgestellt.

Beitrag zum Klimaschutz

Durch den Holzessel, der jährlich rund 6.300 Kubikmeter Holzackschnitzel benötigt, können jedes Jahr 475.000 Liter Heizöl eingespart werden. Jährlich wird die Emission von rund 1.200 Tonnen klimaschädlichen Kohlendioxids vermieden. Landrat Hubert Hafner (CSU) und Oberbürgermeister Gerhard

Jauernig (SPD) sind stolz, gemeinsam mit der KWA Kraftwärmeeinrichtungen GmbH & Co als Bauherr und Betreiber einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Einzigartige Technik

Die Anlage wurde mit einer in dieser Größenordnung einzigartigen Abgasreinigungstechnik ausgestattet. Der gesetzliche Staubgrenzwert beträgt 150 Milligramm je Kubikmeter Abluft. Dank des eingebauten Gewebefilters können die Staubemissionen auf Werte unter 10 Milligramm pro Kubikmeter reduziert werden. Sie liegen damit unter der Nachweisgrenze der vom Schornsteinfeger verwendeten Messgeräte. □

Partnerschaft mit Zukunftsperspektive

ESB-Wärme – Service für Kommunen

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und Einrichtungen

Erdgas-Blockheizkraftwerk – Heizung und Strom aus einer Anlage



Ergomar Erlebnisbad in Ergolding – für Wärme und Strom sorgt ein Blockheizkraftwerk

Wir verstehen uns als regionaler Partner für konventionelle als auch innovative Wärme-Konzepte. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt. Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite.

Mit dem ESB-WärmeService haben Sie folgende Vorteile:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Energieversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten

Rufen Sie uns an! Wir schicken Ihnen unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

In drei Jahren werden 10 Millionen Euro investiert:

Lechwerke fördern vielseitig das Energiesparen

Energieeffizienzprogramm gestartet - Besondere Dienstleistungen für Kommunen, Unternehmen und Verbraucher

Augsburg (jdt). Ein umfangreiches „Programm zu mehr Energieeffizienz“ starteten die Lechwerke (LEW). Bei einer Pressekonferenz in Augsburg stellte Vorstandsmitglied Paul Waning zusammen mit Projektleiter Dr. Olaf Heil die Kampagne vor, in deren Rahmen bis 2010 mit einem Aufwand von 10 Millionen Euro Investitionen angeregt und gefördert werden. Mit Informationen, individueller Beratung und einem Katalog von Fördermaßnahmen wird privaten und öffentlichen Verbrauchern, Kommunen sowie Unternehmen gezielt geholfen. „Energie sorgsam einzusetzen und Einsparungen zu erzielen“. Vorstand Waning betonte: „Als führendes Energieversorgungsunternehmen der Region wollen wir aktiv zum Klimaschutz und einem schonenden Umgang mit den Ressourcen beitragen“.

Im Blick auf das Energieeffizienzprogramm bekräftigte Waning: „Wir engagieren uns mit fachlichem Rat nach neuesten Erkenntnissen und mit finanziellen Einsatz und bieten unseren Kunden Dienstleistungen zum effizienten Umgang mit Energie an. Im Vordergrund stünden zufriedene Kunden und Partner.“

Hervorgehoben wurde von Vorstandsmitglied Waning „dass

die Lechwerke das 150-Millionen-Euro-Energieeffizienzprogramm des Mutterkonzerns RWE im süddeutschen Raum umsetzen. Ausgerichtet sei das Programm auf sechs Bereiche: Informationskampagne Energieeffizienz - Öffentliche Gebäude und Krankenhäuser - Straßenbeleuchtung - Energiecontrolling für Unternehmen - Wärmepumpe-Kommunikationsprojekte in Schulen

„Eine Idee von LEW“

Die „Informationskampagne Energieeffizienz“ unter dem Titel „Eine Idee von LEW“ richte sich, wie Paul Waning feststellte, an Kunden, Politik und breite Öffentlichkeit. Ziele seien Informationen zum bewussten und sparsamen Umgang mit Energie, unter Einbeziehung von individuellen Beratungen vor Ort, Veranstaltungen für Bauherren und Renovierer, telefonischer Beratung im Kundenservice und Online-Energieberatung via Internet.

„Energie-Ausweis“

Bei dem Schwerpunkt „Energieeinsparungen bei öffentlichen Gebäuden und Krankenhäusern“ werde im Rahmen des bundesweiten „5000-Rathäuser-Programms“ von RWE-Energy den

Kommunen das Angebot unterbreitet, gegen Kostenbeteiligung einen umfangreichen Energiecheck durchzuführen. In einem „Energie-Ausweis“ den Experten der LEW zusammenstellten, würden qualifizierte Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz erarbeitet. Zum Einsatz kämen, wie Waning erläuterte, in den nächsten drei Jahren neun Energieberater, von denen insgesamt über 500 „Energie-Ausweise“ ausgestellt werden sollten.

Umbau der Straßenbeleuchtung

Für die Straßenbeleuchtungssysteme plant LEW eine umfangreiche Förderung der Modernisierung, mit dem Austausch alter ineffizienter gegen modernere Lampen, den Umbau vorhandener Leuchten, die Ausstattung mit Austauschlampen und den Einbau von Steuer- und Regelgeräten.

In den mittelständischen Unternehmen sehen die Lechwerke große Energie-Einsparpotenziale. Beim sog. Energiecontrolling komme hier Software zum Einsatz, die LEW ausgewählten Partnern aus dem Mittelstand kostenlos zur Verfügung stelle.

Förderung von Wärmepumpen

Ein Programm zur Technologieverbreitung und zur Schaffung von Marktanreizen kündigte Paul Waning für den Bereich der Wärmepumpen an. Selbst in der herausragenden Verantwortung des

Biogas auf der IFAT 2008:

Optimierungsstrategien in allen Bereichen

Von der Gewinnung und Aufbereitung des Inputmaterials über den Vergärungsprozess bis hin zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung - die Biomasse-Nutzung bietet noch jede Menge Raum für Innovationen und Effizienzsteigerungen. Die IFAT 2008, die vom 5. bis 9. Mai 2008 in München stattfindet, bildet mit dem neuen Themenschwerpunkt „Biogas“ die aktuellen Branchenentwicklungen ab.

Jedes Biogas-Projekt muss sich wirtschaftlich gegen andere Nutzungskonzepte behaupten. Bei der Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe steht zum Beispiel die Biogaserzeugung in direkter Konkurrenz zur Futter- und Nahrungsmittelproduktion. Bei steigenden Preisen für das Rohmaterial rentieren sich heute nur noch Biogasanlagen, die möglichst viel Biogas unter möglichst geringem Material-, Energie- und Finanzmitteleinsatz erzeugen. Dementsprechend schrauben Technologie- und Systemanbieter derzeit die Anlagen-Effizienz mit vielen neuen Ideen nach oben.

Ansätze zur Effizienzsteigerung

Zur Optimierung des Gärprozesses ist zum Beispiel eine möglichst kontrollierte Zuführung der oft schwer handhabbaren nachwachsenden Rohstoffe in den Gärbehälter erforderlich. Eine Möglichkeit hierzu ist der Einsatz eines neu entwickelten, besonders energiesparenden Abschiebe-Containers aus Kunststoff.

Ein weiterer Ansatz zur Effizienzsteigerung ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Methan produzierenden Bakterien. Die Mikroben beziehen ihre Energie aus Polysaccharid-Ketten. Diese Vielfachzucker müssen zunächst von Enzymen gespalten werden, bevor sie verwertet werden können. Im Normalfall ist die Menge der in einer Biogasanlage vorkommenden Enzyme zu gering für eine optimale „Fütterung“ der Mikroorganismen. Zur Abhilfe kann ein von einem Berliner Biotechnologie-Unternehmen entwickeltes Enzym-Präparat dem Fermenter-



Links LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning mit LEW-Geschäftsführer und Projektleiter Dr. Olaf Heil. Bild: -jdt-

Vorsitzenden des „Bundesverbandes Wärmepumpe (BWP) e.V.“ machte er auf die besonderen Aktivitäten aufmerksam, die Wärmepumpentechnologie einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dazu gehören u.a. die Kooperation und Schulung von Multiplikatoren (Installateuren, Architekten und Handwerkern).

Schulprojekte

Zusätzlich gebe es wissenschaftliche Studien zur Weiterentwicklung der Wärmepumpentechnologie zusammen mit

Partnern aus dem Handwerk. LEW fördert den Neueinbau von Heizungs-Wärmepumpen mit einer Freistrommenge von kWh pro Haushalt. Projekte in den Schulen haben zudem das Ziel, die Schüler frühzeitig für das Thema „Energieeffizienz“ zu interessieren, auch mit einem Wettbewerb auf regionaler und Bundesebene (für alle Schularten) und Fortbildungsangebote für Lehrer. Zur Planung gehören eine Wissensgalerie im Internet und Schülerfirmen, „in denen Schüler zu Energieberatern werden“.

Vorreiter bei der Solarenergie

Infoveranstaltung des Regionalmarketing Oberpfalz

Mit verschiedenen Aspekten der Solarenergie beschäftigte sich die vierte Veranstaltung des Energieforums Oberpfalz in der Jahnhalle Regensburg. Zu der vom Regionalmarketing Oberpfalz organisierten Veranstaltung kamen rund 250 Interessenten - Kommunalpolitiker, Firmenvertreter und Privatpersonen. Standen doch die Themen Strom- und Wärmeenergieerzeugung für Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen, Marktentwicklungen sowie Erfahrungsberichte im Mittelpunkt.

Dr. Wilhelm Weidinger, der 1. Vorsitzende des Regionalmarketing Oberpfalz in Ostbayern e.V., stellte in seiner Begrüßung die gute Position der Oberpfalz bei den nachwachsenden bzw. erneuerbaren Energien dar. Im Landkreis Neumarkt werden zwei Solaranlagen mit einer Leistung von 1,7 Megawatt gebaut. „Mit dem Energieforum wollen wir die Stellung als einer der führenden Energiebezirke stärken“, begründete Weidinger das Engagement in diesem Sektor. Wichtig sei die Bündelung der Akteure, Verbraucher und Produzenten zu einem Netzwerk. Aber auch die eine ehrliche, offene und kritische Aussprache über Energiethemata sei hier möglich. Zum Thema des Abends verwies er auf die kurze Zeit weltweit größte Solaranlage in Hemau und empfahl den Interessenten, „auch im Interesse der Ortsbilder sich Mühe zu geben, gestalterisch sauber zu handeln“.

Selbstbewusster Landkreis

Nach dem Grußwort von Regensburgs Bürgermeister Dagobert Knott konstatierte Landrat Herbert Mirbeth in seinem Vortrag ein Selbstbewusstsein des Landkreises Regensburg hinsichtlich dieser Energien. Mirbeth nannte die Wasserkraft mit der einen großen Stromanteil liefernden Staustufe in Geisling, die Biomasse und Windenergie. „Der Verbrauch der privaten

Haushalte ist mit diesen Energien zu decken“, stellte er fest. Per Photovoltaik werden im Landkreis 26 Millionen Kilowatt auf 20.000 Quadratmeter Fläche produziert, wobei die Anlage in Hemau einen beträchtlichen Anteil daran hat. Er nannte aber auch den großen Flächenbedarf und die Genehmigungsverfahren, weshalb z.B. in Sünching und Pfakofen Ablehnung und Widerstände vorherrschen.

Nötiges Fingerspitzengefühl

In Planung sind laut Mirbeth derzeit Anlagen in Bernhardswald (1,6 MW, 15 ha Fläche) und in Dinau (1,9 MW, 18,5 ha). „Mit zu großen, gigantischen Anlagen kann die positive Grundstimmung leicht ins Gegenteil kippen. Fingerspitzengefühl ist nötig“, warnte der Landkreischef und ging zum Abschluss kurz auf die Planungen hinsichtlich der Biogasanlagen im Landkreis ein. „2008 werden eventuell schon zwei Anlagen ans Gasnetz gehen“, blickte Mirbeth in die Zukunft und betonte zusammenfassend die Nutzung der eigenen Wertschöpfungskette.

Kinga Timaru-Kast von der European Photovoltaic Industry Association (EPIA) in Brüssel sprach über Marktentwicklungen und politische Rahmenbedingungen auf dem Photovoltaikmarkt. Nach ihren Darstellungen hat der deutsche Photo-

voltaikmarkt 2003/04 aufgrund der Förderprogramme eine Riesensprung gemacht und nimmt auch europaweit den Spitzenplatz ein. In den nächsten Jahren werden die anderen Länder in diesem Sektor stärker wachsen. Auch weltweit gehört Deutschland mit Japan und den USA zu den Marktführern. Für das Jahr 2020 sieht sie die Netzparität, also gleiche Strompreise für herkömmliche und Solarenergie, erreicht.

Netzparität prognostiziert

Stefan Dobler, Geschäftsführer der mit fünf Niederlassungen in ganz Bayern vertretenen Firma Iliotec Solar GmbH machte in seinem Vortrag deutlich, dass wegen der knappen und teurer werdenden Energien aus fossilen Stoffen und auch aufgrund des weltweit steigenden Energiebedarfs die erneuerbare Energie, die billiger werde, an Bedeutung gewinnen. Er stellte die zwei Varianten der Solarenergie, die thermische Solaranlagen zur reinen Trinkwassererwärmung bzw. zusätzlich zur Heizungsunterstützung sowie die Photovoltaik-Technik, die Umwandlung der Sonnenenergie in Strom vor und plädierte für einen Mix aus verschiedenen regenerativen Energien. Weiter nannte er die 2008 gültigen Vergütungssätze für Solarstrom und verwies er auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien. Angesichts der Preisentwicklungen prognostizierte er für die Jahre 2015 bis 2018 die Netzparität.

Praktische Erfahrung

Georg Hägler, Landwirt aus Weiden, schilderte seine Erfahrungen mit der auf dem Stall- bzw. Wohngebäude installierten Photovoltaikanlage (398 Module auf 500 Quadratmeter Dachfläche), in die er 250.000 Euro investiert hat. „Ich habe es bisher nicht bereut“, betonte er. Nur zwei Wechselrichter musste er bislang austauschen. Im Durchschnitt der viereinhalb Jahre leistete die Anlage bei einem Wirkungsgrad von 70 bis 75 Prozent 945 kWh pro kWp, was bereits mehr als die erwarteten 850 kWh sind. In rund zehn Jahren werde sich die Anlage amortisiert haben und dann Gewinne einfahren. **Markus Bauer**



Das Podium der Referenten mit (von links) Landrat Herbert Mirbeth, Kinga Timaru-Kast, Moderator Bernhard Fleischmann, Stefan Dobler und Georg Hägler. Bild: Markus Bauer

Winterdienst auf der IFAT 2008:

Normen im Kampf gegen Schnee und Eis

Neue, europaweite Normen für Räum- und Streufahrzeuge definieren deren Leistungsfähigkeit und standardisieren die technischen Schnittstellen. Die Regelungen werden großen Einfluss auf die künftige Beschaffung von Winterdienst-Technik haben, nicht zuletzt weil dadurch Geräte verschiedener Hersteller in ihrer Leistung leichter verglichen werden können. Auf der IFAT 2008, die vom 5. bis 9. Mai 2008 in München stattfindet, haben Messebesucher die Chance, sich über aktuelle Trends zu informieren.

Vor sechs Jahren startete das europäische Norminstitut CEN ein europaweites Normungsprojekt im Bereich Straßenbetrieb, wozu auch der Winterdienst zählt. Ziel ist es, einheitliche Anforderungen an die Geräte - also zum Beispiel Schneepflüge und -fräsen oder Streueinrichtungen - sowie an die Schnittstellen zwischen Fahrzeug und Gerät festzulegen. Hintergrund ist eine Stärkung des Wettbewerbs in Europa. Für die Anwender hat das den Vorteil, dass Geräte universell austauschbar sind. Beispielsweise wird dann ein Schneepflug aus Italien zuver-

Gremien maßgeblich die künftigen Normen mit. Viele dort getroffene Regelungen beruhen auf deutschen Standards oder Entwicklungen“, erläutert Dr.-Ing. Horst Hanke, Vorsitzender des Fachausschusses Winterdienst des Verbands kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband Kommunal Unternehmen (VKS im VKU).

Anforderungen und Messverfahren

Die neuen Normen konkretisieren zum Beispiel die Anforderungen an Schneepflüge (DIN EN



Unimog - bester Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“.

die Qualität der Streubilder zu regeln und reproduzierbare Testverfahren hierzu zu entwickeln. Wegen der Komplexität wurde das Normprojekt (DIN EN 15597) in zwei Stufen unterteilt. Der erste Teil ist im vergangenen Jahr in Kraft treten. Er beschreibt allgemeine Anforderungen an Streugeräte sowie das vergleichsweise einfache Testverfahren zur Streumenge. Hierbei wird die Streugeschwindigkeit elektronisch simuliert und das Salz oder der Splitt am Streuteller aufgefangen. Die ausgebrachte Gesamtmenge darf dabei bei Salz um höchstens sechs Prozent vom Soll abweichen, bei abstumpfenden Stoffen wie Splitt ist eine Differenz von 15 Prozent noch zulässig.

Punktgenaue Verteilung

Wesentlich interessanter, aber auch schwieriger ist der zweite Teil der Norm, der sich mit den Anforderungen an Streubreite, Streubild und Streurichtung beschäftigt. Hierbei gilt es, Testverfahren für das Streubild - das heißt die punktgenaue Verteilung von Salz und Splitt auf der Fahrbahn - zu entwickeln und dann die Anforderungen an das Streubild zu fixieren. Der zweite Teil der Norm ist noch in Arbeit und wird frühestens im Lauf dieses Jahres erscheinen.

Straßen-Wetter-Informationssysteme

In den Normgebungsprozess mit einbezogen sind auch die Straßen-Wetter-Informationssysteme. Neben der Definition allgemeiner Anforderungen an Systeme und Schnittstellen macht die Norm auch Vorgaben für die Messgenauigkeit der Sensoren, die die wesentlichen Wetter- und Straßenzustandsverhältnisse beschreibenden Daten erfassen. In einem zweiten, schwierigeren Teil sollen dann die Verarbeitung der Daten, der Datenaustausch und die Wetterprognosen beschrieben werden.

Außerdem ist vorgesehen, auch die mobile Erfassung von Straßenzustandsdaten zu regeln.

Europaweit kompatibel

Um sicher zu stellen, dass künftig europaweit die Geräte und Anbauplatten für den Frontanbau an Fahrzeugen kompatibel sind, definiert die DIN EN 15432 die Größen und die Gestaltung der Anbauplatten. Die DIN EN 15431 regelt die Hydraulik- und Elektrik-Schnittstellen und -Anschlüsse. Für die Hydraulikanlagen werden Vorgaben für Leistung, Druck, Durchfluss und Temperaturregelung gemacht. Auch hier ist es gelungen, einheitliche europäische Standards festzulegen, die von allen Ländern mitgetragen werden, so dass die Kompatibilität künftig europaweit gegeben ist.

Daten-Schnittstelle

Die DIN EN 15430 präzisiert die Daten-Schnittstelle zwischen allen Arten von An- und Einbaugeräten mit dem Fahrzeug. Im zweiten Teil dieser Norm soll dann die Kommunikation zwischen Fahrzeug und Zentrale sowie die Datenauswertung vereinheitlicht werden.

Die neuen Regelungen werden sich auf die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für den Straßenbetrieb und Winterdienst wesentlich auswirken. Dr. Horst Hanke: „Besonders die Normen zu den Schnittstellen bedeuten einen großen Fortschritt bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten. Es sollte unbedingt darauf geachtet werden, den Ausschreibungen und Bestellungen die neuen Regelungen zugrunde zu legen. Auch die noch nicht endgültig eingeführten Entwürfe, die so genannten Gelbdrucke, können bereits heute als Basis für Beschaffungen und Ausschreibungen dienen.“ Die Normentwürfe und fertigen Normen können beim Deutschen Institut für Normung re-

(Fortsetzung auf Seite 12)



Off Road Award für Mercedes-Benz Unimog:

Geländewagen des Jahres 2008

Stuttgart/München. Bereits zum vierten Mal in Folge ist der Mercedes-Benz Unimog von den Lesern der Fachzeitschrift OFF ROAD zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. Die Auszeichnung „Geländewagen des Jahres 2008 – Kategorie Sonderfahrzeuge“ erfolgte auf Basis der in der Dezember-Ausgabe des traditionsreichen Münchner Allrad-Magazins in insgesamt acht Kategorien zur Wahl gestellten geländegängigen Fahrzeuge.

In München wurde jetzt der OFF ROAD-Obelisk bei einer Abendgala im Münchner Theaterzelt „Das Schloss“ in feierlichem Rahmen übergeben. Über 58.000 Leser haben aus den 87 ausgeschriebenen Fahrzeugen die Sieger gewählt, wobei Mercedes-Benz-Fahrzeuge gleich zweimal ganz vorn zu finden waren: Der Unimog belegt bei den Sonderfahrzeugen mit über 37,5 % der Leserstimmen den ersten Platz, der Mercedes G siegte in der Kategorie „Klassiker“.

Gewählt wurde in den Kategorien „Geländewagen“, „Luxus-Geländewagen“, „Sports Utility Vehicles (SUV)“, „Luxus-SUV“, „Klassiker“, „Pick-up“, „Sonderfahrzeuge“ und „Crossover“. Bei den Sonderfahrzeugen – geländegängige Fahrzeuge, die zum Transport von Lasten und Gütern in entlegene Gebiete bzw. als Basis für Sonderaufbauten wie Feuerwehr-, Expeditions- und Militärfahrzeuge dienen - hatte eindeutig der Unimog die Nase vorn. Gelobt wurden seine charakteristischen Produktmerkmale wie das Konzept überragender Geländegängigkeit mit Portalachsen und enormer Verwindungsfähigkeit in Kombination mit höchster Robustheit und Solidität.

Bereits im Jahr 1994 wurde der Unimog zum Geländewagen des Jahres gewählt – damals in Gestalt des U 90 „Funmog“, ei-

ner Kombination aus Stadt-, Freizeit-, Gelände- und Nutzfahrzeug.

Die seit Herbst 2002 in Wörth produzierte hochgeländegängige Unimog-Baureihe U 3000 bis U 5000 ist für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen und Wege prädestiniert. Ihre Haupt-Einsatzgebiete finden sich bei der Feuerwehr - insbesondere bei der Waldbrand-Bekämpfung -, im Katastrophenschutz, im Expeditionseinsatz sowie bei Service- und Wartungsarbeiten in schwer zugänglichen Gebieten.

Damit sind die Unimog-Typen U 3000, U 4000 und U 5000 die ideale Ergänzung zu den Fahrzeugen der Baureihe U 300 bis U 500, die als geländegängige Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport und im 2-Wege-Einsatz (Straße/Schiene) anzutreffen sind. Neu ist der kompakte Unimog U 20 als jüngster Spross der Unimog-Familie, der im ersten Quartal 2008 in den Markt eingeführt wird.

In der Kategorie „Klassiker“ - in der die Mercedes-Benz G-Klasse Sieger wurde - sind Geländewagen zusammengefasst, die sich über viele Jahre allen modischen Trends zum Trotz treu geblieben sind.



Der neue Unimog U 20 kommt und Gmeiner, der bayerische Winterdiensthersteller aus Kümmersbruck, hat sein Produktprogramm rechtzeitig auf das neue Kommunalfahrzeug von Mercedes-Benz ausgerichtet. In Schluchsee im Schwarzwald präsentierte Gmeiner eindrucksvoll modernste Winterdiensttechnologie für den neuen Unimog - genormt und angepasst, universell austauschbar und einsetzbar mindestens in ganz Europa.

lässig an einen deutschen Unimog montiert werden können.

Deutsche Weltmarktführer

Die ersten europäischen Normen in diesem Bereich traten Ende vergangenen Jahres in Kraft, sie wurden dabei automatisch auch zu deutschen Normen (DIN).

Die europä- und weltweit führenden Hersteller von Räum- und Streutechnologie kommen aus Deutschland. „Nicht zuletzt durch diese Marktführer- und Voreiterstellung bestimmen die deutschen Vertreter in den CEN-

15583), Schneeschleudern und -fräsen. Neben Grundbegriffen, -anforderungen und -abmessungen definieren sie Eigenschaften wie Leistung, Räumqualität, Vortriebsgeschwindigkeit, Räummenge und Wurfweite.

Eine schwierige Aufgabe ist die Entwicklung der entsprechenden Messverfahren, da hierbei stark unterschiedliche Schneekonsistenzen berücksichtigt werden müssen.

Das wichtigste und gleichzeitig anspruchsvollste Projekt im Bereich des Winterdienstes ist laut Dr. Hanke die Normung von Streugeräten. Ziel dabei ist es,



Kompakte Leistung.

Der neue Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt. Gerade wenn's eng wird, zeigt der neue Unimog U 20 wahre Größe. Ein echter Mercedes-Benz Unimog bis 7,5 bzw. 8,5 t - wie gemacht für kommunale Einsatzbereiche. Ob Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Jetzt bei Ihrem Unimog-Partner. www.mercedes-benz.com/neuer-U20



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 0 92 21/5 07-0, Fax: 0 92 21/8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06-61 00, Fax: 0 89/12 06-61 27
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com



Der neue Setra TopClass 400.

Zentrale Ersatzteilversorgung für EvoBus-Produkte weltweit:

Neues ErsatzteilLogistik-Center in Neu-Ulm

Offizielle Eröffnungsfeier im Neu-Ulmer Stadtteil Schwaighofen - Investitionsvolumen 70 Millionen Euro

Nach nur 17-monatiger Bauzeit eröffnet die EvoBus GmbH ihr neues ErsatzteilLogistik-Center im Neu-Ulmer Stadtteil Schwaighofen. Im Beisein von Gerold Noerenberg, Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, fand die offizielle Inbetriebnahme des neuen ErsatzteilLogistik-Centers statt. Von hier aus wird nun die weltweite OMNIplus-Serviceorganisation mit Ersatzteilen für EvoBus-Produkte versorgt.

Harald Landmann, Leiter von Daimler Buses: „Unser neues Ersatzteil-Logistik-Center ist ein klares Bekenntnis zum Standort Neu-Ulm und damit zum Wirtschaftsraum Deutschland. Investitionen in einer Größenordnung von 70 Millionen Euro in den vergangenen zwei Jahren in Ulm/Neu-Ulm zeigen dies deutlich. Als einziger Omnibushersteller setzen wir auf die kontinuierliche Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Premium-Omnibusse vom Standort Deutschland aus und werden dies auch weiterhin erfolgreich tun.“

Geprüfte Qualität

Auf einer Fläche von 30.000 m² lagern mehr als 100.000 unterschiedliche Original-Ersatzteile in geprüfter OMNIplus-Qualität für Mercedes-Benz und Setra Omnibusse, um den Service der EvoBus sicherzustellen.

Die Servicemarke „OMNIplus“ umfasst ein Servicenetz von mehr als 600 Servicepartnern der EvoBus. Eine Besonderheit des neuen ErsatzteilLogistik-Centers ist die Steuerung sämtlicher Abläufe über ein neues Lagermanagementsystem.

Alle Prozesse in Schwaighofen werden von diesem System gesteuert, so dass für den Servicepartner eine maximale Teileverfügbarkeit bei höchstmöglicher Effizienz möglich und jederzeit der aktuelle Status jedes Ersatzteiles abrufbar ist.

Holger Suffel, EvoBus Geschäftsführer Vertrieb: „Die

enorme Transparenz und Effektivität unseres neuen Logistik-Centers ermöglicht erhebliche Verbesserungen in der Ersatzteilverfügbarkeit und somit im Kundenservice. Das führt zu einer Effizienzsteigerung von ca. 15 % im logistischen Zentrum der EvoBus-Ersatzteilversorgung.“

Komplette Fahrzeugpalette

Die EvoBus GmbH verantwortet mit ihren 19 europäischen Tochtergesellschaften die europäische Busproduktion und den weltweiten Vertrieb dieser Produkte. Mit den Marken Mer-

Zukunftsmodell naturnahe Forstwirtschaft

Miller für umweltschonende Nutzung der Waldflächen

Straubing - Aktive Waldpflege zum Erhalt der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes und zur Bereitstellung des Rohstoffs Holz wird angesichts der Herausforderungen des Klimawandels immer wichtiger. Darauf hat Forstminister Josef Miller beim 15. C.A.R.M.E.N.-Forum in Straubing hingewiesen, das in diesem Jahr unter dem Motto „Bayerische Wälder - Klimaschutz und Wirtschaftsfaktor“ stand. Jeglichen Vorstößen, große Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen, erteilte er daher eine klare Absage. „Indirekt würde ein solches Vorhaben sogar die Verwendung fossiler Rohstoffe unterstützen, denn das Holz der Stilllegungsflächen steht nicht mehr zur Verfügung. Das wäre eindeutig kontraproduktiv“, so der Minister. Mit der naturnahen Forstwirtschaft werde in Bayern seit Jahrzehnten dagegen ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt. „Dieses Modell beweist eindrucksvoll, dass Nützen und Schützen miteinander vereinbar sind“, erklärte Miller.

Den Weg der umweltschonenden Waldbewirtschaftung und Holznutzung will Bayern daher weiter beschreiten. Unter anderem soll die Cluster-Initiative Forst und Holz die Eigenkräfte der Branche bündeln und ihr damit neue Impulse verleihen. Außerdem unterstützt der Freistaat die Eigenverantwortung der Waldbesitzer durch ein breites Angebot an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. „Wirtschaftliche Weiterentwicklung sorgt für die Wertschöpfung im Ländlichen Raum und damit auch für die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze“, sagte Miller. Gleichzeitig wird die Staatsregierung nach den Worten Millers alles unternehmen, die Schutz- und Erholungsfunktionen der bayerischen Wälder langfristig zu sichern. Dazu gehört vor allem auch der konsequente Umbau der Wälder in stabile, klimatolerante Mischbestände, den der Minister in den nächsten Jahren deutlich voranbringen will.

cedes-Benz und Setra bietet sie eine komplette Fahrzeugpalette vom Minibus über den Gelenkbus bis hin zum Doppeldecker in den Segmenten Stadt-, Überland- und Reisebusse an. Darüber hinaus bietet die EvoBus GmbH als einziger Omnibushersteller unter einer eigenständigen Servicemarke - OMNIplus - sämtliche Service-, Ersatzteil- und Dienstleistungsprodukte ausschließlich omnibusspezifisch für MB- und Setra-Omnibusse an.

Pilotprojekt zur Waldneuordnung

Beschleunigte Verfahren sollen Bewirtschaftung erleichtern

Estenfeld, Lkr. Würzburg - Bayern will mit beschleunigten Waldneuordnungsverfahren die Bewirtschaftung der Wälder erleichtern. Landwirtschaftsminister Josef Miller startete in Estenfeld (Lkr. Würzburg) das erste von vier Pilotverfahren, in denen viele Arbeitsschritte deutlich vereinfacht werden sollen.

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung wird in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung die Bewertung, die Vermessung, den Wegebau und die Zusammenlegung der Grundstücke speziell auf die Behebung von Strukturproblemen des kleinflächigen und zersplitterten Grundbesitzes im Privat- und Körperschaftswald ausrichten. „Angesichts der gestiegenen Nachfrage für den Rohstoff Holz und der kleinteiligen Besitzverhältnisse besonders in Unterfranken wollen wir schnelle Hilfe anbieten“, sagte der Minister.

Die klassischen Waldverfah-

ren waren bisher sehr kosten- und zeitaufwändig. Jetzt soll getestet werden, wie die Waldbewertung wesentlich gestrafft, die Verfahrensabläufe beschleunigt und welche technischen Arbeiten an Private vergeben werden können.

Pilotprojekte

Im Vordergrund der Waldneuordnung Mühlhausen in der Gemeinde Estenfeld (Lkr. Würzburg) steht die Auflösung einer nicht mehr funktionsfähigen Waldkörperschaft. Es werden rund 210 Waldgrundstücke von

Miller warnt vor Borkenkäfergefahr:

Windwurf rasch aufarbeiten

Forstminister Josef Miller appelliert an die bayerischen Waldbesitzer, möglichst rasch mit der Aufarbeitung der jüngsten Sturmschäden zu beginnen. Seinen Worten zufolge ist je nach Wetterlage schon in den nächsten Wochen mit einem ersten Auschwärmen des Borkenkäfers zu rechnen. Bis dahin müsse das Windwurfholz beseitigt sein, denn: „Geworfene und gebrochene Bäume sind der ideale Brutraum für den Käfer.“

Die Waldbesitzer sollten deshalb auch bruttaugliches Kronenmaterial entweder gleich im Wald hacken oder es mindestens 500 Meter außerhalb des Waldes lagern und dann bedarfsgerecht aufarbeiten.

Die Wiederaufforstung der Sturmwurfflächen wird laut Miller je nach Baumart und Lage der Flächen z. B. im Schutzwald mit bis zu 7.700 Euro je Hektar vom Forstministerium gefördert. Wie schon bei dem Orkan „Kyrill“ wird auch die Beseitigung von Wegeschäden, die im Zusammenhang mit Orkan „Emma“ entstanden sind, in der Regel mit 60 Prozent der förderfähigen Kosten vom Freistaat unterstützt. Im Schutzwald liegt der Fördersatz bei 80 Prozent. Miller hat dazu eigens eine Aus-

nahmegenehmigung erteilt. Anträge sind bei den jeweiligen Ämtern für Landwirtschaft und Forsten zu stellen.

Erhöhte Vorsicht trotz Zeitdruck

Die Waldbesitzer mahnte der Minister trotz des Zeitdrucks zu erhöhter Vorsicht. Jeder unachtsame Einsatz mit Motorsäge oder Axt könne schwerwiegende Folgen haben. Miller: „Umgestürzte, gebrochene und zersplitterte Bäume liegen oft durcheinander und stehen unter Spannung.“ Die Arbeit auf den Schadensflächen sei deshalb extrem gefährlich. Der Minister rät auch dringend dazu, Sturmhölz nur in Begleitung aufzuarbeiten. Andernfalls sei bei Unfällen niemand da, der Hilfe holen kann. Damit es erst gar nicht zu Unfällen kommt, hat der Minister seine Ämter in den stärker betroffenen Regionen angewiesen, den Waldbesitzern spezielle Kurse zur Sturmholzaufarbeitung anzubieten. Professionelle Hilfe gibt es auch bei den Forstbetriebsgemeinschaften.

Zwei Millionen Kubikmeter Sturmholz

Der Orkan „Emma“ hat nach bisherigen Erkenntnissen in Bayerns Wäldern deutlich weniger Schaden angerichtet als vor einem Jahr „Kyrill“. „Wir gehen derzeit von etwa zwei Millionen Kubikmetern Sturmholz aus“, so der Minister. Davon entfallen annähernd 1,2 Millionen Kubikmeter auf den Privat- und Körperschaftswald, der Rest auf den Staatswald. Die Sturmholzmenge entspricht rund einem Zehntel des regulären jährlichen Holzeinschlags von annähernd 20 Millionen Kubikmetern und der Hälfte der „Kyrill“-Schäden. Bei den Schäden handelt es sich überwiegend um Einzelwürfe und -brüche. Nur in Teilen Unterfrankens sowie in Mittel- und Südbayern gibt es auch kleinere flächige Zerstörungen. Besonders betroffen sind vor allem Fichtenbestände, die durch Borkenkäferbefall, Schneebruch oder frühere Stürme bereits vorgeschädigt waren.

gleich zu Fichte oder Tanne wächst die Douglasie auf geeigneten Standorten teilweise doppelt so schnell. Aber es gibt auch Risiken: Je nach Unterart ist sie gegenüber Schädlingen und Pilzen stärker anfällig. Vor dem Anbau ist deshalb neben dem Standort auch die genetische Herkunft der Pflanzen zu beachten.

Maßvolle Erhöhung

Insgesamt hält der Minister eine maßvolle Erhöhung des Anteils von derzeit 0,6 Prozent an der Gesamtwaldfläche für vertretbar. In Bayern wird vorwiegend die Grüne Küstendouglasie angebaut. Sie ist deutlich resistenter gegen Pilzbefall als die Graue Douglasie aus dem Inneren Nordwestamerikas. Mittlerweile steht die Douglasie auf rund 14.000 Hektar, primär auf den basen- und nährstoffarmen Böden Unterfrankens und der Oberpfalz. Der Fichtenanteil in Bayerns Wäldern liegt bei derzeit 44 Prozent.

Stabile Wälder durch gesunde Mischung

Klimawandel zwingt zu differenzierter Baumartenwahl

Der Klimawandel stellt die 700.000 bayerischen Waldbesitzer vor die zentrale Frage: Welcher Baum wird auch in Zukunft den ökologischen und ökonomischen Herausforderungen am besten gerecht? Um die Waldbauern bei ihrer Wahl zu unterstützen, hat Forstminister Josef Miller die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft beauftragt, die verschiedenen Baumarten kritisch auf ihre klimaverträgliche Anbaueignung zu prüfen.

Fichte und Kiefer werden von den Klimaänderungen am stärksten betroffen sein. Sie

etwa 80 Grundstücks- und Anteilseigentümern neu geordnet und mit LKW-befahrbaren Wegen erschlossen. Die anderen drei Pilotprojekte in Holzkirchen in der Marktgemeinde Helmstadt, Böttigheim in der Marktgemeinde Neubrunn (beide Lkr. Würzburg) und Brüch in der Stadt Fladungen (Lkr. Rhön-Grabfeld) werden in den nächsten Monaten begonnen.

Privatwaldbesitz

In Unterfranken bewirtschaften annähernd 130.000 Waldbesitzer insgesamt 351.000 Hektar Wald. Im Privatwald haben die Grundstücke eine durchschnittliche Größe von weniger als 0,4 Hektar, vielfach sind die Parzellen weit unter 1.000 Quadratmeter groß. Der Privatwaldbesitz ist außerdem sehr zersplittert und häufig nicht oder nur schlecht erschlossen.

Normen im Kampf gegen ...

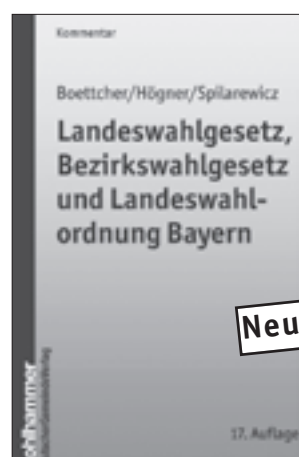
(Fortsetzung von Seite 11) cherchiert und bestellt werden unter www.din.de.

Die aktuelle Nachfrage nach Streu- und Räumtechnologie zeigt sich durchwachsen. Walter Schmitz, Vorsitzender der Winter-Maintenance-Gruppe des Verbandes EUnited Municipal Equipment erläutert: „Der geringe Schneefall der Saison 2006/2007 hat dazu geführt, dass insbesondere kleinere Kommunen die Beschaffung von Winterdienstgeräten verzögert haben. Außerdem werden die wieder gestiegenen Steuereinnahmen insbesondere deutscher Städte und Gemeinden eher für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen verwendet und nicht für den Fahrzeug- und Geräteinvest. Dagegen kaufen Kunden mit langfristigen Investitionsplänen, wie zum Beispiel die Straßenbauverwaltung-

gen, etwas mehr Winterdienstsausrüstung, da das Budget im letzten Jahr durch den geringeren Salzverbrauch entlastet wurde.“

Informationen auf der IFAT

Eine Gelegenheit, sich über die aktuellen Winterdienst-Geräte-technik sowie die dabei eingesetzten Informations- und Kommunikationstechnik inklusive Standortpositionierung, Datenerfassung, -übertragung und -aufzeichnung sowie Einsatzmanagement zu informieren, bietet traditionsgemäß die Umweltmesse IFAT, die vom 5. bis 9. Mai 2008 zum 15. Mal in München stattfindet. Der Bedeutung der Messe angemessen, zählen die oben genannten Verbände VKS und EUnited Municipal Equipment sowie der VAK zu den ideellen Trägern der IFAT.



Boettcher/Högner/Spilarewicz Landeswahlgesetz, Bezirkswahlgesetz und Landeswahlordnung Bayern

In die Neuaufgabe des Kommentars wurden die bis Ende 2007 in Kraft getretenen Rechtsänderungen sowie neuere Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet. Das Landeswahlgesetz sowie das Bezirkswahlgesetz sind wiederum ausführlich kommentiert, die Landeswahlordnung mit Anlagen wurde auf den neuesten Stand gebracht. In einem Anhang sind weitere im Zusammenhang mit der Landtagswahl relevante Vorschriften wie z.B. das Parteiengesetz enthalten. Ein Wahlterminkalender und ein ausführliches Stichwortverzeichnis vervollständigen das Werk.

Der Autoren: **Dipl.-Kfm. Reinhard Högner**, Regierungsdirektor a. D., ehem. Stellvertretender Landeswahlleiter; **Volkhard Spilarewicz**, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern.

www.kohlhammer.de

17. Auflage 2008
456 Seiten, Kart. € 49,-
ISBN 978-3-555-50120-8

IHK Nürnberg-Symposium:

ÖPNV im Umbruch

Vielfältige Herausforderungen für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger

Durch geänderte rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die weiterhin wachsende Regulierung auf europäischer Ebene befindet sich der ÖPNV-Markt im Umbruch. In einer neuen Verordnung, die im Dezember 2009 in Kraft treten wird, hat sich die EU - provokant betrachtet - dafür ausgesprochen, es in weiten Teilen den Mitgliedsstaaten und den Aufgabenträgern zu überlassen, ob und falls ja wie viel Wettbewerb diese zulassen wollen. Mit den Folgen dieser Richtlinie hat sich nun eine Veranstaltung der IHK Nürnberg auseinandergesetzt.

Wie Otto K. Dietlmeier, Leitender Rechtsdirektor der Stadt Amberg, erläuterte, hat die EU-Verordnung für regulierte Personenverkehrsmärkte das Recht, ohne wettbewerbliches Vergabeverfahren öffentliche Personentransporte selbst zu erbringen oder an einen internen Betreiber zu vergeben, gesichert. Der Preis dafür könne allerdings „unvorhergesehen hoch“ sein. Durch die Verpflichtung, die Parameter der Ausgleichsleistung sowie deren Art und Umfang zu vor festzulegen, werde der steuerliche Querverbund in der bisherigen Form gefährdet.

Einheitlicher Betrauungsakt

Die von einer Änderung des nationalen Rechts abhängige Beendigung des Dreiecksverhältnisses Aufgabenträger - Genehmigungsbehörde - Betreiber sei aus der Sicht der Kommunen geboten, um künftig interne Betreiber durch einen einheitlichen Betrauungsakt nach den Kriterien der neuen EU-Verordnung mit Verkehrsdienstleistungen beauftragen zu können, fuhr Dietlmeier fort. Der einheitliche Betrauungsakt werde auch eine Anpassung der ÖPNV-Förderkulisse erfordern. Zudem werde der Vorrang des allgemeinen Vergaberechts für Vergaben von Verkehrsdienstleistungen an Dritte eine Konkretisierung des Begriffs der „Dienstleistungskonzession“ erfordern. Die EU-Kommission bereite hierzu einen Richtlinien-Entwurf vor. Fazit: „Der durch die VO (EG) 1370/2007 vorgegebene Rahmen für regulierte Personenverkehrsmärkte hat in begrenztem Umfang Klarheit geschaffen, aber neue Problemfelder eröffnet.“

Mit den Verhaltensweisen privater Verkehrsunternehmen befasste sich Werner Geiger, Geschäftsführer RBV RegioBus

Verkehrs GmbH & CO KG, Nürnberg, deren primäre Aufgaben darin liegen, gemeinsame Linienverkehre mit Omnibussen durchzuführen und niedrigere Kostenstrukturen zu schaffen, um sich im zunehmenden Wettbewerb behaupten zu können.

Ausschreibungsdruck

Geiger konstatierte, dass der Ausschreibungsdruck auf die privaten VU durch die neue EU-Richtlinie zwar etwas geringer, aber nach wie vor vorhanden sei. Zu beobachten sei ein wachsender Kostendruck (Streichung von Busförderung, Energiekosten etc.) für private Verkehrsunternehmen. Geiger erachtete es

spielsweise bei Abgabe eines Angebots grundsätzlich von seinen Gesellschaftern abhängig und müsse sich deshalb an diese halten. Möglicherweise, räumte Geiger ein, könne ein zuschlagfähiger Angebotspreis trotz besten Willens aller Beteiligten nicht realisiert werden.

„Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung von Verkehrsunternehmen“ lautete das Thema des Vortrags von Johannes Gierse, Hypo Vereinsbank. Neben der klassischen Finanzierungsmöglichkeit - Bankdarlehen für das geratete Verkehrsunternehmen, z.B. GmbH, ggf. unter Einbeziehung von Sonderkreditmitteln und Bürgschaft der Gebietskörperschaft - verwies Gierse auf Mischformen wie das Forfaitierungsmodell (Zahlungsströme der Gebietskörperschaft werden angekauft; 100% Fremdfinanzierung möglich; risikoadäquate Einbindung des Gesellschafters zinsgünstig, relativ einfache Handhabung), Leasingfinanzierungen für Kommunen und

kommunale Unternehmen im Bereich ÖPNV sowie Public Private Partnership.

Finanzierungsprodukte

Vor dem Hintergrund, dass die Finanzierungen von Investitionen im kommunalen Bereich oftmals weder Bar- noch Kreditkäufe zuließen, verstärkte sich der Bedarf nach budget- und nutzungsorientierten Finanzierungsprodukten, stellte Gierse fest. Leasingfinanzierungen seien ab bestimmten Größenordnungen bzw. in einigen Bundesländern grundsätzlich durch die Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen. In Bayern sei der Abschluss von Leasingverträgen über bewegliche Gegenstände hingegen genehmigungsfrei.

Der Nutzen für die Öffentliche Hand sei offensichtlich:

- ▶ Off-balance-Finanzierung bei privatrechtlich organisierten Unternehmen der Öffentlichen Hand
- ▶ Erhöhung der Liquidität schafft flexiblere Investitionsspielräume; Liquiditätsgenerierung durch Sale-and-lease-back von bestehenden Anlagen
- ▶ Mehrwertsteuerstundungseffekt
- ▶ Kombination der Leasingfinanzierung mit sonstigen Bankdienstleistungen (z. B. Fördermittel, Zinssicherungsinstrumente)
- ▶ Kombination mit Serviceleistungen der Hersteller (Finanzierung & Wartung) in Form von Bereitstellungsmodellen und Full-Service-Paketen
- ▶ Finanzierungsdauer entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Objektes und dessen Marktwertverlauf
- ▶ Optimale Ausrichtung der Leasingraten auf objektbezogene und geschäftspolitische Planvorgaben (pay-as-you-earn-Effekt / sinnvolle Verteilung der Investitionskosten).

DK



Die Nürnberger U-Bahn.

als notwendig, die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern auszubauen, zudem weitere Gesellschafter zur Stärkung der Marktposition zu gewinnen und durch Kooperation eine betriebswirtschaftliche Optimierung herbeizuführen.

Aktivitäten bündeln

Private Verkehrsunternehmen seien dann erfolgreich, wenn sie ihre Aktivitäten bündeln könnten. RBV RegioBus sei bei-

Neue Fahrradakademie zieht positive Zwischenbilanz:

Kommunen verbessern die Radverkehrsplanung

Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet nutzen das neue Angebot intensiv

Berlin. Die Angebote der vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Oktober 2007 gestarteten „Fahrradakademie“ werden von Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet intensiv genutzt. Die Akademie unterstützt die Kommunen fachlich mit einem umfangreichen Fortbildungsangebot bei der Radverkehrsplanung. Eine weitere Aufgabe der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geförderter Fortbildungseinrichtung ist die Initiierung eines intensiven Erfahrungsaustausches zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Unterstützt wird die Initiative auch durch den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindevorstand sowie den Deutschen Landkreistag.

Erfreuliches Resümee nach den ersten fünf Monaten: Sogar deutlich mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer als erwartet meldeten sich zu den Seminaren an, die an 16 Standorten in zwölf Bundesländern sowie im Ausland angeboten werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der bisherigen Veranstaltungen kommen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen, Landesbehörden und Bezirksregierungen, Verkehrs- und Fahrradclubs, Ingenieurbüros, Polizei, Planungsverbänden, Umweltgruppen und großen Unternehmen.

Themen der ersten bereits durchgeführten, gut besuchten Seminare waren „Ortsdurchfahrten und überörtlicher Verkehr“ sowie „Unterhaltung von Radverkehrsanlagen“. Die aktuell laufende, bereits ausgebotene Seminarreihe befasst sich mit „Qualitätsanforderungen an Radverkehrsanlagen“. Als nächstes Thema ist die „Rechtliche Absicherung von Radverkehrsmaßnahmen“ geplant; Veranstaltungen hierzu werden ab Mitte April in Detmold, Ludwigshafen, Bremen und Magdeburg angeboten.

Ein weiteres Highlight der

Fahrradakademie ist das Angebot von Fachexkursionen. Mit technischen und planerischen Fachvorträgen und Radtouren vor Ort ergänzen sie das Seminarprogramm. Die nächste Exkursion im April führt in die Landeshauptstadt Kiel, die seit Jahren eine systematische Radverkehrsförderung betreibt und bei Qualitätsmessungen mehrerer bundesweiter Vergleichstests unter den deutschen Großstädten die größten Fortschritte verzeichnete. Im Juni geht es dann für drei Tage nach Utrecht in den Niederlanden, die mit Radverkehrsanteilen von teilweise über 40 Prozent führende Fahrradnation sind.

Das Angebot der Fahrradakademie richtet sich an alle kommunalen Akteure, die in ihren Aufgabenfeldern mit dem Radverkehr zu tun haben (z.B. Verkehrsplanung, Straßenverkehrsrecht, Hoch/Tiefbau oder als ÖPNV-Aufgabenträger).

Informationen zu den Einzelprogrammen, zu Kosten und Anmeldemodalitäten: <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahrradakademie/konzept/>



Optimiertes Fahrradparkauf drei Ebenen.

Fahrradparksystem „DreiPlus“

Die ORION-Bausysteme GmbH, Biebesheim, ist einer der führenden Entwickler und Hersteller von Fahrradparksystemen. Mit dem Fahrradparksystem „DreiPlus“ präsentiert die ORION-Bausysteme GmbH zur Optimierung von Einstellkapazitäten in Radstationen ein weiteres Highlight.

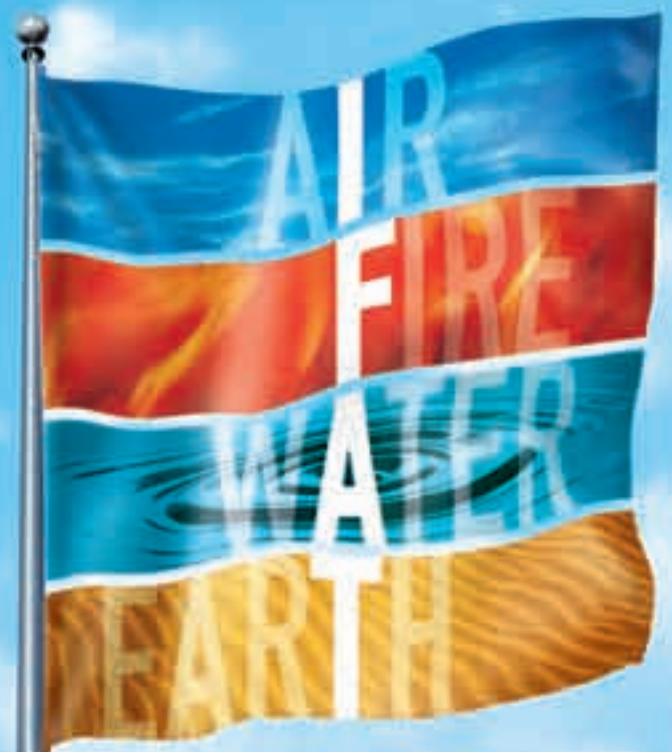
In Verbindung mit dem ORION-Doppelstock-Fahrradparker ist ein raumsparendes, sicheres und wirtschaftliches Fahrradparken in mehr als zwei Ebenen möglich. In Räumen mit Höhen > 4,20 m kann dadurch die Parkkapazität bei gleichem Grundflächenbedarf alleine durch die Nutzung einer dritten Parkebene um ca. 50% erweitert werden.

Die Neuerung des ORION-Fahrradparksystems „DreiPlus“ ist darin zu sehen, dass die Räder durch ein elektromotorisches

Lift- und Schiebesystem in einer dritten Höheebene vollkommen zugriffssicher und damit in der Parkposition für andere Benutzer oder Passanten unerreichbar, geparkt werden können.

„DreiPlus“ ist ebenso problemlos als eigenständiges Fahrradparksystem betriebsfähig und kann auch direkt an Geschosdecken - also unabhängig von Doppelstockparkern - installiert werden.

Informationen im Internet: www.orion-bausysteme.de



ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Die Weltmesse Nummer 1 für Umwelt und Entsorgung bietet Ihnen ein internationales Angebot, umfassende Lösungen und die Kompetenz der Marktführer.

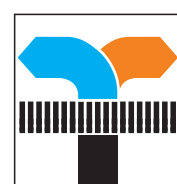
Neu auf der IFAT 2008 die Themen:

- KÜSTEN- UND HOCHWASSERSCHUTZ
- ENERGIEGEWINNUNG AUS ABFALLSTOFFEN

Nutzen Sie die Weltmesse für Ihren Erfolg! Ausführliche Informationen unter www.ifat.de.



IFAT
2008



Neue Messe
München

5.-9. Mai

15. Internationale Fachmesse für Wasser - Abwasser - Abfall - Recycling

Messe München GmbH • Messegelände • D-81823 München
Hotline: (+49 89) 9 49 - 1 13 58 • Fax: (+49 89) 9 49 - 1 13 59

Energieautarke Gemeinde Buttenwiesen:

Eine Vision nimmt Gestalt an

In Buttenwiesen haben regenerative Energien einen hohen Stellenwert. Die von Bürgermeister Norbert Beutmüller und dem Gemeinderat formulierte Vision einer energieautarken Gemeinde nimmt Schritt für Schritt Gestalt an. Die Kommune hat hierbei die Vorreiterrolle übernommen.

„Jeder von uns kann zur Lösung der Klimakrise beitragen“ - diese Worte des ehemaligen US-Vizepräsidenten und jetzigen Klimaschutzaktivisten Al Gore sind in der Gemeinde Buttenwiesen auf fruchtbaren Boden gefallen. Die schwäbische Gemeinde im Landkreis Dillingen a.d. Donau (6.000 Einwohner) hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb weniger Jahre im Stromsektor energieautark zu werden. Der Strom für private Haushalte, Wirtschaft und öffentliche Einrichtungen soll bis ca. 2015 vor Ort erzeugt werden, so dass sich ein geschlossener regionaler Energiekreislauf ergibt, der auf Energieimporte verzichtet.

Ehrgeiziges Ziel

Zur Realisierung dieses ehrgeizigen Ziels wurde in den vergangenen Jahren ein Bündel von Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. Bereits seit 1996 läuft ein innovatives Förderkonzept für regenerative Energien: Buttenwiesener „Häuslebauer“ bekommen seitdem einen Zuschuss von 250 Euro für die Errichtung von Solaranlagen in Wohnhäusern. Das Programm entwickelte sich zum Schlager: Vor kurzem konnte der 200. Zuschuss ausbezahlt werden. Für das Baugebiet Stixenfeld im Hauptort Buttenwiesen wurde ein Kaufpreisaufschlag von 2.500 Euro eingeführt, der an den Bauherren zurückfließt, wenn im Neubau eine Anlage zur Nutzung von regenerativen Energien installiert wird. Von diesem Rückzahlungsmodell machten sämtliche Eigentümer Gebrauch.

Bürgersolardächer

Beispielhaft ist auch die kommunale Unterstützung der Bürgersolardächer. Die Gemeinde Buttenwiesen kooperiert hierbei mit dem Solarverein Unteres Zusamtal. Der Solarverein ist der Träger von drei Gesellschaften bürgerlichen Rechts, die sechs Solardächer auf nahezu allen geeigneten gemeindeeigenen Dachflächen installiert haben. Die Überlassung der Dächer erfolgte entgeltfrei.

„Kunstpreis Odenwald“

Landräte rufen zum künstlerischen Wettbewerb im Bereich „Malerei“ auf

Nicht nur auf touristischen Gebieten kommen sich die drei Landkreise Miltenberg, Neckar-Odenwald-Kreis und Odenwaldkreis regelmäßig näher, sondern auch der kulturelle Aspekt wird intensiv gepflegt. So wird dieses Jahr zum zweiten Mal ein gemeinsamer „Kunstpreis Odenwald“ ausgelobt, wie die Landräte Roland Schwing (Miltenberg), Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis) und Horst Schnur (Odenwaldkreis) bei einem gemeinsamen Treffen beschlossen.

Fränkische, badische und hessische Künstlerinnen und Künstler, die in den drei Landkreisen leben oder arbeiten, können an der Ausschreibung teilnehmen. Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2008.

Der Preis ist mit 7.500 Euro dotiert. Die Preisgelder teilen sich auf in 4.000 Euro für den ersten, 2.000 Euro für den zweiten und 1.500 Euro für den dritten Preis. Eine von den drei Landkreisen einberufene Jury wird die Auswahl treffen. Neben den preisgekrönten Bildern werden weitere Arbeiten in einer Ausstellung in allen drei Landkreisen präsentiert. Somit ist für alle Interessenten ein Einblick in die Vielfalt der künstlerischen Arbeiten garantiert. Der Ausstellungsreigen beginnt im August im Odenwaldkreis, wo auch die Preisverleihung stattfindet.

Die eingereichten Werke müssen eigenschöpferisch entstanden sein. Die Schaffung darf nicht länger als drei Jahre zurück liegen. Pro Person kann nur ein Werk eingereicht werden. Bereits prämierte Arbeiten sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Wer sich für den Wettbewerb interessiert und gerne teilnehmen möchte, wendet sich an die betreffenden Landratsämter und deren Mitarbeiter. Im Landkreis Miltenberg werden Anmeldungen im Kulturreferat (09371/501506) entgegen genommen und Auskünfte erteilt. **DK**

Ein Vorbildprojekt stellt die neu erbaute gemeindeeigene Vierfachsporthalle (Riedblickhalle) dar. Sie verfügt mit Biomasseheizanlage, Solaranlage, Erdwärmenutzung und Gründach über eine ausgeklügelte Energienutzung auf der Basis von regenerativen Energiequellen. Die benötigte Biomasse (Hackschnitzel) wird ausschließlich aus dem gemeindeeigenen Wald gewonnen, so dass ein geschlossener Energiekreislauf geschaffen wurde.

In diesem Rahmen kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle zu. Zahlreiche Pressemitteilungen der Gemeinde über regenerative Energien führen der Ortsbevölkerung vor Augen, dass die zukunftsorientierte Daseinsvorsorge mit erneuerbaren Energien zu den zentralen Aufgaben der Kommune zählt. Flankiert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Energiespartipps im Amtsblatt.

Positives Klima für Investitionen

Diese Hintergrundarbeit macht sich bezahlt, denn sie schafft ein positives Klima für Investitionen zugunsten von erneuerbaren Energien. Bürgermeister, Gemeinderat und -verwaltung sind bestrebt, Großprojekte auf diesem Gebiet nach Möglichkeit zu befürworten, mögliche Hemmnisse aus dem Weg zu räumen und Gespräche mit Anliegern und Bürgern zu führen, um von vornherein Bedenken und Ängsten zu begegnen.

Dieser Weg war bislang erfolgreich: Während in vielen anderen Kommunen Biogasanlagen und Solarparks am Widerstand der Bevölkerung scheiterten oder verzögert wurden, realisierten private Investoren im Gemeindegebiet Buttenwiesen drei Großvorhaben ohne öffentliche Proteste: Der Solarpark beim Maierhof war für einige Zeit der weltweit größte Solarpark mit Dünnschichtmodulen (1.005 kWp). Er soll in Bälde um nahezu das Doppelte erweitert werden. Die beiden Biogasanlagen beim Maierhof und bei der Stehlesmühle erzeugen zusammen

ca. 1.000 kW Strom, die in das öffentliche Stromnetz eingespeist werden. Für das ländlich geprägte Buttenwiesen bringen die Biogasanlagen einen weiteren nicht zu unterschätzenden Vorteil: Sie eröffnen den lokalen Landwirten die Möglichkeiten, den vor Ort vorhandenen Energieträger gewinnbringend für eine klimafreundliche Energieerzeugung zu verkaufen. Dadurch wird eine regionale Wertschöpfungskette gefördert und ein geschlossener Energiekreislauf bewirkt.

Kooperationsprojekt

Im Gegensatz zu vielen anderen Biogasanlagen verpufft in Buttenwiesen die Abwärme nicht nutzlos. Die Abwärme der Biogasanlage bei der Stehlesmühle versorgt das Fernwärmenetz Buttenwiesen mit Wärme. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt zwischen dem Betreiber der Biogasanlage und der Gemeinde, die den Bau der Fernwärmeleitung und die damit verbundenen hohen Kosten in Eigenregie schulterte. Die Buttenwiesener Fernwärme beheizt umweltfreundlich eine Schreinerei, einen Getränkemarkt, ein geplantes Autohaus, einen Supermarkt, das Feuerwehrgerehäus sowie mehrere Privathäuser. Das Interesse der Anlieger an einem Fernwärmeanschluss ist derart groß, dass in Kürze damit gerechnet werden kann, dass die vorhandene Wärmeleistung ausgebaut sein wird.

Fernwärme im Visier

Die kommunalen Impulse haben dazu geführt, dass die gesamte Bürgergemeinschaft und die örtlichen Unternehmer in Eigeninitiative zahlreiche Projekte zur Nutzung von regenerativen Energien in die Tat umgesetzt haben. Im Ortsteil Frauenstetten wurde der Pfarrhof auf eine private Fernwärmeleitung ange-

Fränkisches Museum Feuchtwangen wiedereröffnet:

Ideale Ergänzung von Form und Funktion

Nach zweijähriger Bautätigkeit hat das Fränkische Museum Feuchtwangen wieder seine Pforten geöffnet. Mit dem neuen Eingangsgebäude und einem Multifunktionsraum wurde die Ausstellungsfläche auf 2000 Quadratmeter erweitert.

Zu den Facetten fränkischer Identität gehören nach Angaben der Museumsleitung Volkskunst, Fayencen und Möbel. Der Kern des Museumskomplexes besteht aus einem fast 500 Jahre alten Fachwerksgebäude. Das Fränkische Museum ist mittwochs bis sonntags von 14.00 bis 17.00 Uhr geöffnet.

Gelungenes Beispiel

Als „gelungenes Beispiel dafür, wie sich Form und Funktion ergänzen können“, bezeichnete Kunstinstitut Thomas Goppel das umgestaltete Museum. Im Foyer und dem Raum für Wechselausstellungen des Museums bietet sich eine großzügige, zeitgemäße Möglichkeit der Kommunikation zwischen Besuchern und Museum. Goppel: „Feuchtwangen lädt den Besucher herzlich ein, gewährt ihm schon von außen Einblick durch die gläserne Wand, die als verbindend begriffen wird. Dabei ist das Fränkische Museum eines der wenigen speziellen, „Feuchtwangen lädt den Besucher herzlich ein, gewährt ihm schon von außen Einblick durch die gläserne Wand, die als verbindend begriffen wird. Dabei ist das Fränkische Museum eines der wenigen speziellen, „Feuchtwangen lädt den Besucher herzlich ein, gewährt ihm schon von außen Einblick durch die gläserne Wand, die als verbindend begriffen wird. Dabei ist das Fränkische Museum eines der wenigen speziellen, „Feuchtwangen lädt den Besucher herzlich ein, gewährt ihm schon von außen Einblick durch die gläserne Wand, die als verbindend begriffen wird.“

Das Fränkische Museum Feuchtwangen wurde 1902 als

geschlossen, die von einer Hackschnitzelheizung im Nachbaranwesen mit Wärme gespeist wird. Im Ortsteil Illemdad plant der Betreiber der Biogasanlage beim Maierhof die Errichtung einer Fernwärmeversorgung. Bei ersten Gesprächen haben sich bereits 14 Anlieger zum Anschluss bereit erklärt, d.h. mehr als zwei Drittel aller Hauseigentümer.

„Energiewerke Buttenwiesen“

Nach den Worten von Bürgermeister Beutmüller betrachtet die Gemeinde Buttenwiesen die bisherigen Vorhaben lediglich als ersten Schritt, dem noch viele weitere folgen werden. Für die neuen Baugebiete in den Ortsteilen Lauterbach und Wortelsteden wird das Ziel der völligen Energieautarkie angestrebt. Geplant ist zudem die Auslobung eines Energiesparpreises, der die Hausbesitzer belohnt, die nachweislich die größte Stromersparnis innerhalb eines Jahres erreichen. Für das Rathaus und andere öffentliche Gebäude werden Energieausweise erstellt, auf deren Basis die Energieeffizienz gesteigert werden soll. Als wichtigste Maßnahme ist die Gründung der „Energiewerke Buttenwiesen“ angedacht, die auf dem Gebiet von Strom- und Wärmelieferung die Daseinsvorsorge der Bürger durch erneuerbare Energien garantieren.

Ehrung im Jahr 2007

Die aufgezählten Maßnahmen führten in ihrer Gesamtheit dazu, dass 2007 bereits 31 % des im Gemeindegebiet benötigten Stroms vor Ort erzeugt wurden (Biomasse 19 %, Photovoltaik 9 %, Wasserkraft 3 %). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verdoppelung der lokal produzierten Strommenge. Ein Erfolg, der auch in München Aufmerksamkeit erregte: Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein zeichnete die Energieinitiativen der Gemeinde Buttenwiesen im November 2007 mit dem Preis „Innovative Verwaltung 2007“ aus. **DK**

Allianz pro Schiene, VDB und VDV:

„Verkehrspolitik stärker auf die Schiene ausrichten!“

Berlin/Köln. Die drei Spitzenverbände der Schienenbranche in Deutschland fordern von der Bundesregierung mehr Engagement beim Ausbau des Bahnverkehrs. „Wir brauchen eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik mit einer deutlich stärkeren Orientierung auf den umweltfreundlichen und ökonomisch effizienten Schienenverkehr“, heißt es in einer in Berlin gemeinsam veröffentlichten Erklärung der Allianz pro Schiene, des Verbandes der Bahnindustrie (VDB) und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Als Orientierungshilfe für die Politik haben die drei Verbände „Die zehn wichtigsten Gründe zur Förderung des Schienenverkehrs“ in einem Faltblatt zusammengestellt.

„Deutschland sollte die Chance nutzen und mit einer nachhaltigen Mobilitätspolitik verkehrspolitische Maßstäbe in der weltweiten Klimaschutzdiskussion setzen. Unser Land hat alle Voraussetzungen für diese Führungsrolle“, sagte Allianz pro Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege. „Der energieeffiziente Schienenverkehr wird im 21. Jahrhundert weltweit eine Renaissance erleben. Je früher Deutschland sich an die Spitze der Bewegung setzt, desto besser für unsere Volkswirtschaft“, so Flege.

Potenzial ausschöpfen

VDB-Hauptgeschäftsführer Prof. Ronald Pörner forderte jährlich fünf Milliarden Euro staatlicher Investitionen in die Infrastruktur der Bundesschienenwege, um das Potenzial des Schienenverkehrs noch stärker ausschöpfen zu können als bisher. „Der Schienenverkehr wächst seit Jahren stark und stößt insbesondere im Güterverkehr bereits heute an Kapazitätsgrenzen. Im vergangenen Jahr hat der Bund eine Milliarde Euro zu wenig investiert“, sagte Pörner.

Notwendiges Gesetz

VDV-Hauptgeschäftsführer Prof. Adolf Müller-Hellmann mahnte ein Gesetz zur Finanzierung der Infrastrukturen Nichtbundeseigener Eisenbahnen (NE) an. „Die Finanzierung der bundeseigenen Schienenwege ist gesetzlich geregelt, den NE-Bahnen fehlen in den meisten Fällen aber die Mittel zur Unterhaltung ihrer Infrastrukturen. Gerade jetzt, wo viele Nebenstrecken wertvolle Alternativen

zu überlasteten Hauptstrecken darstellen, wirkt ein zunehmender Verschleiß kontraproduktiv.“ Der Bund müsse den Ländern jährlich etwa 150 Millionen Euro zur zweckgebundenen Finanzierung von Ersatzinvestitionen und zur Instandhaltung der regionalen Bestandsnetze zuweisen, damit der Verkehrsträger Schiene insgesamt die Anforderungen der Wirtschaft weiter erfüllen könne.

„Die zehn wichtigsten Gründe zur Förderung des Schienenverkehrs“ erhalten Sie kostenlos als Download unter www.allianz-pro-schiene.de, www.bahnindustrie.info oder www.vdv.de. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.deInternet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landratsamt Mickhausen:

Grünes Licht für Umbau der Schlossanlage

„Unendliche Geschichte“ nimmt Genehmigungshürde Vereine und Dorfgemeinschaft sind zur Mitarbeit aufgerufen

Mickhausen (wkl). „Was lange währt, wird endlich gut!“ – Für Bürgermeister Anton Müller, den Gemeinderat und die Ortsvereine von Mickhausen ist dieses alte Sprichwort jetzt wahr geworden. Nach jahrelangen Planungen und Verhandlungen mit Aufsichtsbehörden, Zuschussgebern und der Denkmalpflege kam dieser Tage aus dem Augsburger Landratsamt die sehnüchtlig erwartete Nachricht, dass dem Umbau der Schlossanlage jetzt nichts mehr im Wege steht. Noch-Landrat Dr. Karl Vogele ließ es sich nicht nehmen, gemeinsam mit Oberregierungsrätin Birgit Brunner, der Leiterin der Baurechtsabteilung am Landratsamt, das offizielle Schreiben persönlich an Bürgermeister Anton Müller und dessen designierten Nachfolger Hans Biechele zu überreichen.

Wie mehrfach berichtet, sollen in den Nordflügel der denkmalgeschützten ehemaligen Ökonomiegebäude des Fuggerschlosses im Ortszentrum ein Veranstaltungssaal („Dorfstadel“) für 180 Personen und (im Obergeschoß) ein Schützenheim mit zehn Schießständen eingebaut werden. Nach dem das Landratsamt „grünes Licht“ für das Bauprojekt gegeben hat, wurde Architekt Günther Hofmann (Memmenhausen) umgehend beauftragt, basierend auf den Vorentwürfen die Eingabeplanung fertig zu stellen. Auch die konkreten Zuschussanträge bei der Regierung von Schwaben und beim Landesamt für Denkmalpflege können ab sofort gestellt werden. Weitere Zuschussgeber, so Rat-

hauschef Anton Müller, sollen mit Unterstützung der Abgeordneten ins Boot geholt werden. Das Raumproblem, mit dem Ortsvereine und Gemeinde schon seit langem zu kämpfen haben, hat sich in Mickhausen seit der Schließung der Gastwirtschaft Blessing vor einigen Jahren dramatisch verschärft. Besonders betroffen waren die „Alt-Schützen“, deren Schützenheim bisher im Dachgeschoß der Gastwirtschaft untergebracht war. In ihrer Not fanden sie im Gemeinschaftshaus in Grimoldsried, im Schützenheim der dortigen „Eintracht“-Schützen, ein Domizil auf Zeit.

Konsequenzen

Das Fehlen eines größeren Veranstaltungsraumes brachte auch die Aktivitäten anderer Vereine zum Erliegen: das Theaterspiel ruht seit einem Jahrzehnt, Konzerte der Musikkapelle finden in der Pfarrkirche statt. Faschingsbälle und größere Versammlun-

gen sind aus dem Veranstaltungskalender der Staudengemeinde völlig verschwunden.

Im Dezember 2001 hatte Bernhard Graf von Rechberg (Donzdorf) den Ost- und den Nordflügel der Schlossanlage mitsamt dem Schlosshof an die Gemeinde Mickhausen verkauft. Doch die angespannte Finanzlage der Staudengemeinde erlaubte es bislang nicht, mit der Umbaumaßnahme zu beginnen. Erst nachdem die ursprünglichen Pläne unter vielen Kompromissen in allen Gewerken noch einmal kräftig abgespeckt wurden, war das Projekt gegenüber der Kommunalaufsicht am Landratsamt Augsburg einigermaßen darstellbar.

Tragbare Größenordnung

Festgeschrieben ist vor allem eine Kostendeckelung bei 900.000 Euro, die nicht überschritten werden darf. Dieser Investitionsumfang, so das Landratsamt, bewege sich in einer für die Gemeinde überschaubaren und tragbaren Größenordnung. Bürgermeister Anton Müller zeigt sich zuversichtlich, dass der Betrag ausreicht. Vorausgesetzt die Vereine und die Dorfgemeinschaft packen kräftig mit an und bringen die vorgesehene Eigenleistung ein. Von einigen Vereinen liegen darüber hinaus bereits Zusagen über eine finanzielle Beteiligung vor. Das vom Landrat-



Grünes Licht für den Umbau der Schlossanlage Mickhausen gaben Noch-Landrat Dr. Karl Vogele (Dritter von links) und Oberregierungsrätin Birgit Brunner (rechts) vom Augsburger Landratsamt. Von einem großen Tag für die Staudengemeinde sprachen der designierte Bürgermeister Hans Biechele und Noch-Rathauschef Anton Müller (von links). Fotos: Walter Kleber

amt als „schlüssig“ bezeichnete Finanzierungskonzept sieht vor, dass gut die Hälfte aus Eigenmitteln, Eigenleistung und Zuschüssen aufgebracht werden kann. Die andere Hälfte wird langfristig fremd finanziert. Ausschlaggebend für die Freigabe dieser „un-

endlichen Geschichte“ durch das Landratsamt war die finanzielle Situation der Staudengemeinde, die sich „zuletzt erfreulicherweise positiv entwickelt“ habe, wie es in dem Schreiben heißt. □



Von links: OB Andreas Starke, Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach und Hans Zistl-Schlingmann, Baureferent und Leiter des Entsorgungs- und Baubetriebs der Stadt Bamberg. □

Stadtwerke sorgen für Öko-Ampeln

Bamberg: Neue Technik spart 70 Prozent Verbrauch ein

Bamberg setzt auf Öko-Ampeln. 31 von rund 100 Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet werden von der Stadtwerke Bamberg Energiedienstleistung GmbH (STED) auf energiesparende Technik mit Leuchtdioden umgerüstet.

Ein entsprechender Vertrag wurde im Rathaus Maxplatz von Oberbürgermeister Andreas Starke und Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach unterzeichnet. Neben der finanziellen Entlastung für den städtischen Haushalt ist dies auch ein Beitrag für den Klimaschutz.

„Die innovative Technik verbraucht rund 70 Prozent weniger Strom. Dies bedeutet einen ebenso großen Einsparung an klimaschädlichem Kohlendioxid“, teilten Starke und Rubach mit. Es handelt sich konkret um 168.000 Kilowattstunden. „Das entspricht dem jährlichen Strombedarf von 42 Vier-Personen-Haushalten“, erläuterte Rubach.

Da die STED die gesamten Investitionskosten übernimmt, reduzieren sich die Kosten der Stadt Bamberg sofort um jährlich rund 5.500 Euro. Nach Ablauf des auf 17 Jahre angesetzten Energiedienstleistungsvertrages wird die jährliche Kostenersparnis der Stadt sogar über 40.000 Euro betragen.

Die STED sorgt neben der Umrüstung auch für den Betrieb der Anlagen inklusive Energielieferung, Instandhaltung und Wartung. Dafür wird ein so genannter Hubsteiger angeschafft. „Das Fahrzeug ist mit einem Erdgasantrieb ausgestattet, so dass wir auch hier den Ausstoß von Schadstoffen und Kohlendioxid senken“, bemerkte Rubach.

Die aus Halbleitern bestehenden Leuchtdioden sind nicht nur besonders effizient, sondern auch extrem langlebig. Wie Erfahrungen in anderen Städten zeigen, müssen sie nur etwa alle zehn Jahre ausgetauscht werden. Herkömmliche Glühlampen verrichten hingegen zumeist höchstens ein Jahr lang ihren Dienst.

Lange Lebensdauer und erhöhte Sicherheit

„Längere Lebensdauer bedeutet auch längere Wartungsfristen. Die geringeren Personal- und Materialkosten sorgen zusammen mit dem niedrigeren Stromverbrauch für eine schnelle Amortisation der Investition“, erläuterte Rubach. Zudem erhöhen die neuen Ampeln die Sicherheit im Straßenverkehr, weil sie bei direkter Sonneneinstrahlung besser sichtbar sind als die herkömmlichen Anlagen.

Die Umrüstung wird zwischen März und August dieses Jahres erfolgen. Die STED tauschen die vorhandenen Lichtsignalgeber bei insgesamt 31 Anlagen gegen Leuchtdioden-Signalgeber aus, wobei bei zehn Anlagen zusätzlich die Steuergeräte erneuert werden. Die beiden Ampeln in der Geisfelder Unterführung werden zudem komplett ersetzt. □

Landratsamt Sonthofen:

Behörden-Anbau kann starten

Aufträge über 5 Millionen Euro werden an Allgäuer Firmen vergeben

Sonthofen (kae) - Einstimmig beschlossen hat der Bauausschuss des Oberallgäuer Kreistages die Vergabe von 21 Gewerken für den Anbau eines Funktionstraktes am Landratsamtsgebäude. Damit sind nun rund 80 Prozent aller Leistungen vergeben, die Bauarbeiten können noch vor Ostern beginnen.

Der Bauzeitenplan für das 5,6 Millionen-Euro-Projekt ist sportlich: In genau einem Jahr sollen die Mitarbeiter der Außenstelle am Sonthofener Bahnhofplatz in ihr neues Domizil einziehen können, die lange ersehnte „Einhäusigkeit“ der Kreisverwaltung hergestellt sein. Das soll den Bürgern den Behördenzugang erleichtern und intern die Arbeitsabläufe verbessern helfen (wir berichteten).

„KfW40-Standard“

Mit dem Neubau soll ein hochgedämmtes, energetisch vorbildliches Gebäude mit Lärchenholz-Fassade entstehen, das den sogenannten KfW40-Standard realisiert, das ist knapp unter Passivhaus-Standard. Über ei-

ne ökologische Komponente in der Ausschreibung ist die Verwendung von einheimischem Holz sichergestellt.

Aber der neue Ostflügel mit 55 Büros ist noch nicht alles. Im Altbestand muss der Sitzungssaal hergerichtet werden für künftig 70 statt 60 Kreistagsmitglieder. Das „Kreis-Parlament“ vergrößert sich wegen der gestiegenen Einwohnerzahl im Oberallgäu (über 150.000 Einwohner). Zudem wird auch der Eingangsbereich samt Zulassungsstelle neu gestaltet. Um den Zulassungsbetrieb aufrechterhalten zu können, muss die Kfz-Behörde voraussichtlich ab April vorübergehend ausgelagert werden. Geeignete Räumlichkeiten in einem leerstehenden Gebäude in der Nachbarschaft sind bereits gefunden. □

Vilshofen an der Donau:

Ehrenbürgerwürde für Hanns Dorfner

Mit der höchsten Auszeichnung, die eine Gemeinde zu vergeben hat, hat die Stadt Vilshofen an der Donau den scheidenden Passauer Landrat Hanns Dorfner geehrt. Aus der Hand von Bürgermeister Hans Gschwendtner erhielt Dorfner die einstimmig vom Stadtrat beschlossene Auszeichnung.

In seiner Laudatio zeichnete Bürgermeister Hans Gschwendtner ein anschauliches Bild von herausragenden Verdiensten Dorfners um die größte Stadt im Landkreis Passau und stellte fest, dass in der nunmehr 17-jährigen Amtszeit des Landrats dieser viel mehr für die Stadt und ihre Bürger getan habe, als es seine Aufgabe gewesen sei. Insbesondere habe sich Dorfner um die Fortentwicklung der Schulstadt Vilshofen an der Donau bleibende Verdienste erworben und dabei häufig den Mut gehabt, wenn nötig auch ausgetretene Pfade zu verlassen und Neues zu wagen.

In diesem Zusammenhang nannte der Bürgermeister auch das Krankenhaus, das ohne grundlegende bauliche und funktionelle Verbesserung keine Zukunftschancen mehr gehabt hätte. Es sei Dorfners vehementem Einsatz zu verdanken, dass diese Gesundheitseinrichtung nachhaltig gesichert werden konnte. Aber auch in der Kulturförderung habe die Stadt an der Donau in Landrat Dorfner einen unermüdeten Kämpfer, dem das städtische Kulturleben viel zu verdanken habe.

Der Geehrte zeigte sich erfreut und vor allem darüber überrascht, dass ihm die Ehrenbürgerwürde bereits in seiner aktiven Zeit als Landrat zuerkannt wurde. **DK**



Gratulierten Altbürgermeister Fritz Braun (Mitte) aus Ustersbach zum 85. Geburtstag: Vize-Landrat Max Strehle, MdL (rechts), und Ustersbachs Bürgermeister Dr. Max Stumböck. Bild: Franz Braun

Ustersbach:

Altbürgermeister Fritz Braun feierte 85. Geburtstag

Der Stellvertreter des Augsburger Landrats, Max Strehle, MdL, überbrachte Altbürgermeister Fritz Braun die besten Glück- und Segenswünsche zum 85. Geburtstag. Braun leitete von 1978 bis 1984 die Geschicke der Gemeinde Ustersbach. Bereits von 1966 bis 1978 gehörte der Jubilar auch dem Kreistag des Landkreises Augsburg an.

Strehle hob die großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters hervor. „Er war stets ein bodenständiger Bürgermeister mit dem Gespür fürs Wesentliche.“

„Mit Durchsetzungsvermögen und Elan hat er in den Jahren seines kommunalpolitischen Wirkens viel für seine Heimatgemeinde erreicht“, fuhr der Vi-

ze-Landrat fort. Er verwirklichte in seiner Amtszeit unter anderem die Erweiterung der Schule und den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses. Ein großes Herzensanliegen war Braun auch die Landwirtschaft. So war er viele Jahre Ortsobmann und Vorsitzender des Kreisverbandes Landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen. □

Die Wahl ist geschafft - Jetzt geht's zur Fortbildung

Drei-Tages-Seminar soll neugewählten Bürgermeistern den Einstieg ins kommunale Amt erleichtern

Der Bayerische Gemeindetag bietet unmittelbar nach der Kommunalwahl den neu-gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die Möglichkeit, sich vor Beginn der Amtsperiode am 1. Mai 2008 in Drei-Tages-Seminaren über grundlegende rechtliche, organisatorische und personelle Fragen zu informieren.

Behandelt werden von den Referentinnen und Referenten des Verbands sowie weiteren erfahrenen Fachleuten unter anderem Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeiterführung, Stressbewältigung, aber auch Rechtsfragen zur Gemeinderatssitzung, zum Personalrecht und zur Organisation.

Erfahrene Bürgermeister geben Auskunft

Außerdem besteht die Mög-

lichkeit zur Diskussion mit einem in der Amtsführung erfahrenen Bürgermeister.

Als Termine für die Seminare sind vorgesehen: 17.-19. März: Kloster Irsee; 25.-27. März: Schloss Hohenkammer; 31. März-2. April: Monarch Hotel in Bad Gögging; 3.-5. April: Gut Matheshof in Rieden; 7.-9. April: Relaxa Hotel in Bad Steben; 14.-16. April: Hotel Kainsbacher Mühle in Kainsbach; 17.-19. April: Hotel Sonnenhügel in Bad Kissingen. □

Bayerischer Qualitätspreis 2008:

Auszeichnung für drei „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“

Zum elften Mal wurde in der Münchner Residenz der Bayerische Qualitätspreis an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Städte Ingolstadt und Neustadt bei Coburg sowie die Gemeinde Ursensollen in der Oberpfalz. Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann und Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike würdigten die Kommunen als die besten Partner für die Wirtschaftsunternehmen in der Region. Sie verstünden sich als Dienstleister für Wirtschaft und Bürger. Vor allem auch der starke bayerische Mittelstand profitiere davon.

Als Vertreter der wirtschaftsfreundlichen Gemeinde Ingolstadt nahmen Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann und Dr. Werner Richler, Geschäftsführer der IFG Ingolstadt GmbH, einen der drei Qualitätspreise entgegen. Laut Würdigung ist die altbayerische Kulturstadt mit ihren rund 122.000 Einwohnern sowohl bedeutender Wirtschaftsstandort als auch Einkaufs- und

Freizeitzentrum im Regierungsbezirk Oberbayern. Leistungsstarke Großunternehmen sowie viele mittelständische Betriebe nutzen die Standortvorteile Ingolstadts. Die Stärke des Verarbeitenden Gewerbes zeige sich in sehr hohen Investitionen in der Region. Die Entwicklung Ingolstadts zu einem innovativen Wirtschaftszentrum sei ein Beleg für das wirtschaftsfreundliche Klima und die hohe Standortqualität. Einen wesentlichen Vorteil Ingolstadts stelle die verkehrsgünstige Lage zwischen den Ballungsräumen dar. Die Stadtverwaltung zeichne sich als modernes Dienstleistungsunternehmen durch Bürgernähe und effiziente Strukturen aus. Dies werde insbesondere durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse erzielt.

Ingolstadt

Auch die ansässigen Unternehmen würden umfassend betreut. Im Rahmen des Standortmarketings werde mit den Unternehmen ein intensiver Dialog geführt. Zusätzlich sichere eine Vielzahl von Initiativen und Kooperationen das nachhaltige Wachstum im Raum Ingolstadt. „Travolution“, ein Projekt zur Optimierung der Verkehrsflüsse sowie „Ökoprotit“, ein Programm zur Optimierung des betrieblichen Umweltschutzes seien beispielhaft für die Innovationsoffenheit der Stadt.

Neustadt bei Coburg

Weiterer Preisträger ist die Große Kreisstadt Neustadt bei Coburg mit ihrem Oberbürgermeister Frank Rebhan. Durch die idyllische Lage auf der bayerischen Seite des Thüringer Waldes befindet sich die mit rund 16.300 Einwohnern größte Stadt im Landkreis Coburg mitten in einem der schönsten Naherholungsgebiete Deutschlands. Die zentrale geographische Lage bildet einen strategischen Standortvorteil Neustadts. Innerhalb

einer Tagesfahrt erreicht ein LKW von Neustadt aus jedes Ziel in Deutschland.

Die Stadtverwaltung von Neustadt ist im Selbstverständnis eines bürgernahen Dienstleisters organisiert. Die Modernisierung der Verwaltungsprozesse, die Einrichtung eines modernen Bürgerbüros sowie einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmen sind Beispiele für die hohe Qualität der Verwaltungsorganisation Neustadts.

Ausbildungsförderung

Hervorzuheben ist die aktive Unterstützung des Strukturwandels in der Region. Hierzu werden Maßnahmen definiert, Anpassungsprozesse in Unternehmen initiiert sowie die Ausbildungsförderung in regionalen Unternehmen unterstützt. Die Initiative „Neustadt statt Indien“ führte zu Ansiedlungen von zwei Unternehmen. Die technische Infrastruktur und die Kostenvorteile im ländlichen Raum wurden für diese Initiative genutzt, um die Attraktivität des Standorts Neustadt zu unterstreichen.

Ursensollen

Last but not least erhielt die Gemeinde Ursensollen mit ihren Vertretern 1. Bürgermeister Franz Mädler, 2. Bürgermeister Norbert Schmid, Amtsleiterin Bergmeier und Bauamtsleiter Weitzer den begehrten Preis. Mit ihren rund 3.800 Einwohnern ist die Gemeinde ein attraktiver Industrie- und Gewerbestandort im Regierungsbezirk Oberpfalz, der von seiner guten infrastrukturellen Anbindung sowie dem umfangreichen kulturellen Angebot profitiert. Ursensollen ist eine Kommune mit Tradition und Fortschritt und hat sich zu einem innovativen Wirtschaftsstandort entwickelt. In der Gemeinde Ursensollen gibt es über 280 Gewerbebetriebe, die rund 600 Leute beschäftigen.

Bürgernahe Plattform

Das Gemeindemanagement zeichnet sich durch eine hohe Qualität der Verwaltungsprozesse aus. Regelmäßige Bürgerversammlungen, Gemeinderatssitzungen und offene Sprechstunden mit dem Bürgermeister si-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt des Verlags Hüthig-Jehle-Rehm, München, sowie eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Von links: Bernd Sauter (Deutsche Bank); Willi Krauss, Vorstand der Krauss AG; Bürgermeister Hans Popp, Merkendorf. Text und Bild: Heinz Wraneschitz

Energiepark Merkendorf im „Land der Ideen“

Merkendorf in einer Reihe mit Völklingen, Hamburg und Dresden: Das Energieforum Merkendorf, aus der Taufe gehoben von Willi Krauss, dem Vorstand der Krauss AG und Hans Popp, dem Bürgermeister des kleinen Städtchens im Landkreis Ansbach, wurde vor kurzem als „Ort des Tages“ ausgezeichnet.

In der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“, die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler steht, werden Initiativen prämiert, die nachhaltig sind. Dazu gehört auch der Energiepark in Merkendorf, auf dem sich Neue-Energie-Firmen angesiedelt haben und weiterhin Platz finden: Er ist also deutschlandweit so bedeutsam, dass er von der Jury zu einem von 366 Tagesorten 2008 erkoren wurde.

Der langfristige Weg

Selbst die Bankenszene schätzt inzwischen die Erneuerbaren En-

ergien als äußerst wichtig ein. Das beweist die Aussage des Laudators Bernd Sauter von der Deutschen Bank, dem Sponsor von „Land der Ideen“: „Erneuerbare Energien sind aktueller denn je! Umso schöner, dass diese in Deutschland langfristig der Weg sind.“ Auf Atomkraftwerke könne man damit verzichten, erklärte der Vorsitzende der Deutsche-Bank-Nordbayern-Geschäftsführung.

Sauter gratulierte den beiden Energieforums-Initiatoren Willi Krauss, Vorstand der Krauss AG, und Bürgermeister Popp zu ihrer Idee, die „wie alle Erneuerbare-Energien-Cluster Zukunft hat“.

chern eine bürgernahe Kommunikationsplattform.

Mit den ansässigen Unternehmen wird ein intensiver Standortdialog geführt. Es finden regelmäßige Firmenbesuche statt. Auf die umfassende Betreuung der Firmen wird besonderes Augenmerk gelegt. Antizyklische

Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, die Errichtung eines neuen Gewerbeturms sowie hohe Investitionen in Bildungseinrichtungen fördern die Ansiedlung neuer Firmen und sichern die langfristige Standortqualität der Gemeinde Ursensollen. DK



In der Ferdinand-Feldigl-Strasse in Fürstfeldbruck entsteht zur Zeit ein neues Wohnheim der Stiftung Kinderhilfe Fürstfeldbruck für geistig behinderte Menschen. Landrat Thomas Karmasin (Bildmitte) hat einen Landkreiszuschuss in Höhe von 13.587 Euro zum Einbau einer Solaranlage zur Brauchwassererwärmung zugesagt. Damit unterstützt er nicht nur ein weiteres Projekt für behinderte Menschen im Landkreis, sondern leistet auch einen Beitrag zum Ziel 21 (Zentrum Innovative Energien im Landkreis) und damit nicht zuletzt zum Umweltschutz. Der Leiter der Stiftung Kinderhilfe, Jost Brockmann (links) und der Vorsitzende des Beirates der Elterninitiative, die zur Finanzierung und Umsetzung dieser Wohnanlage gegründet wurde, Georg Schonath (rechts) dankten dem Landrat bei der Scheckübergabe sehr herzlich für den Zuschuss.

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 27. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Kläranlagen
- Kommunale Baupolitik
- Kommunal-Marketing
- Sicherheitstechnik · Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Strasse 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · 11-91285 Weinstadt
Tel. 09151 995160 · Fax 09151 995166
E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · 11-91285 Weinstadt
Tel. 09151 995160 · Fax 09151 995166
E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

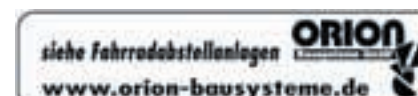
BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05 00 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm. - Knoll-Str. 26
D - 92245 Kürnensbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74